

Am 1. Oktober 2012 jährten sich die Ablösung der sozialliberalen Koalition und der Amtsantritt von Helmut Kohl zum 30. Mal. Untrennbar mit diesem Regierungswechsel verbunden war die Rede von der „geistig-moralischen Wende“, die die politische Auseinandersetzung in den ersten Jahren der Ära Kohl prägte. Peter Hoeres, Historiker aus Gießen, zeichnet die Entstehung des Diskurses über die „Wende“ und ihre Volten in den 1970er und 1980er Jahren nach. Er zeigt auf, welche Hoffnungen und welche Ängste damit verbunden waren – und er klärt, was Helmut Kohl tatsächlich zur „Wende“ gesagt hat und was nicht.

Peter Hoeres

Von der „Tendenzwende“ zur „geistig-moralischen Wende“

Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren

1. Einleitung

Jürgen Habermas schrieb in seinem bei Suhrkamp erschienenen Buch „Die Neue Unübersichtlichkeit“, ein Interview, das er Anfang April 1983 gegeben hatte, sei von der Befürchtung bestimmt gewesen, „daß der durch die Märzahlen bestätigte neokonservative Umschwung einen Einschnitt bedeuten könnte, der tiefer greift als ein bloßer Regierungswechsel“¹. Habermas schloss die Edition des Bändchens im Mai 1985 ab; distanzieren wollte er sich zu diesem Zeitpunkt von seinen Cassandra-Rufen offensichtlich nicht. Und der Philosoph stand mit seiner Furcht vor einer Gefährdung der Demokratie nicht allein: Mitstreiter wie Helmut Dubiel, Iring Fetscher, Claus Leggewie und viele andere meldeten sich ebenfalls besorgt zu Wort. Ihre Befürchtungen, die mit dem Regierungswechsel vom 1. Oktober 1982 aufkamen, wurden von drei Begleiterscheinungen genährt: Erstens hatte die Union bereits 1980 eine grundlegende Wende gefordert. Zweitens war Helmut Kohl im Bundestagswahlkampf 1983 gegen Intellektuelle als „falsche Propheten von Katheder und Kanzel“² zu Felde gezogen. Drittens standen den Linksinтеллектуellen die Entwicklungen in Großbritannien unter Maggie Thatcher und in den USA unter Ronald Reagan vor Augen; sie wandten sich mithin gegen eine politische und intellektuelle Hegemonie der Neokonservativen im politischen und geistigen Diskurs. Das alles verdichtete sich im Begriff der „geistig-moralischen Wende“, der zu einer Projektionsfläche unterschiedlicher Befürchtungen, aber auch von Hoffnungen und Enttäuschungen wurde.

¹ Jürgen Habermas, Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine Politische Schriften V, Frankfurt a. M. 1985, S. 57.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 2. 1983, S. 38.

Im Folgenden geht es um die Herkunft und die nachhaltige Karriere der Wende-Signaturen zwischen Mitte der 1970er und Mitte der 1980er Jahre. Die politische Semantik, die mediale Resonanz und die intellektuelle Kritik stehen dabei im Zentrum der Politik-, Begriffs-, Medien- und Intellektuellengeschichte verflechtenden Analyse. „Tendenzwende“ und mehr noch die „geistig-moralische Wende“ erweisen sich bis heute in Forschung und öffentlicher Erinnerung als gängige Chiffren für die Regierungszeit von Helmut Schmidt und die ersten Jahre der Ära Kohl³. Mit diesem Aufsatz soll geprüft werden, inwieweit die Wendebegriffe als Forschungsbegriffe taugen. Dieser Ansatz kann auch dazu beitragen, die 1970er und 1980er Jahre gleichsam auf den Punkt zu bringen, denn in den Wendediskursen verknüpften sich die Charakteristika dieser Jahrzehnte: die ökonomische Liberalisierung und die ungebremsen Erwartungen an den Sozialstaat, der forcierte Fortschrittsoptimismus und der ökologische Pessimismus, neue konservative, linksökologische, postmaterialistische Werteorientierungen, die verstärkte Pluralisierung und höhere Systemkomplexität⁴.

³ Vgl. aus der Forschung etwa Rupert Seuthe, „Geistig-moralische Wende“? Der politische Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Ära Kohl am Beispiel von Gedenktagen, Museums- und Denkmalprojekten, Frankfurt a. M. 2001. In den Medien konfrontierte z. B. die Frankfurter Allgemeine Zeitung in der Spendenaffäre die Union mit „ihrem Anspruch einer ‚geistig-moralischen Wende‘“, mit welcher sie die Regierung einst übernommen habe; vgl. Berthold Kohler, Die verlorene Selbstsicherheit der CDU, in: Ebenda vom 5.3.2001, S. 1. Die „Tendenzwende“ findet vornehmlich in der heutigen Forschung als analytische Signatur für ein auch „schwarzes Jahrzehnt“ Verwendung – oftmals sogar ohne Anführungszeichen; vgl. Axel Schildt, „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 449–478; Nikolai Wehrs, Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ und die Tendenzwende der 1970er Jahre, in: Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt a.M./New York 2010, S. 91–112; Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 563–596. Während das von Koenen so getaufte „rote Jahrzehnt“ (Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001) in Deutschland nun also auch als „schwarzes“ rezipiert wird, werden die 1970er Jahre in den USA jetzt nicht mehr nur als Ära einer „conservative ascendancy“, sondern auch als Jahrzehnt sozialer Bewegung und expansiver Regierungstätigkeit gesehen; vgl. Bruce J. Schulman, The Empire Strikes Back – Conservative Responses to Progressive Social Movements in the 1970s, in: Journal of Contemporary History 43 (2008), S. 695–700; ders./Julian Zelizer (Hrsg.), Rightward Bound. Making America Conservative in the 1970s, Cambridge MA./London 2008. Erste Schneisen ins Dickicht der Kolportage zur „geistig-moralischen Wende“ wurden geschlagen von Andreas Wirsching, Die mediale „Konstruktion“ der Politik und die „Wende“ von 1982/83, in: Historisch-Politische Mitteilungen 9 (2002) S. 127–140; ders., Abschied vom Provisorium 1982–1990, München 2006, S. 49–55.

⁴ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008; Martin H. Geyer, Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 643–669; Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1970er und 1980er Jahren, München 2009; Anna Neuenfeld, Wandel des Politischen: Die Bundesre-

2. Die „Tendenzwende“ der 1970er Jahre

Schon kurz nach der triumphalen Bestätigung der sozialliberalen Koalition 1972, die vom Charisma Brandts („Willy wählen“) und den Erfolgen in der Ostpolitik profitiert hatte, erhielt die Reformeuphorie mit einer intrigenreichen Regierungsbildung erste Dämpfer; Herbert Wehner und Helmut Schmidt manövrierten den erkrankten Bundeskanzler aus⁵. Auch der Regierung nahestehende Journalisten übten bald Kritik an der lahrenden Reformkraft der sozialliberalen Koalition⁶. Der *Spiegel* titelte zum 60. Geburtstag Willy Brandts 1973 alles andere als schmeichelhaft: „Kanzler in der Krise“ und brachte dazu das Bild des zum rissigen Denkmal erstarrten einstigen Visionärs⁷. Der Jom-Kippur-Krieg und die Ölkrise markierten den Beginn einer Ära „nach dem Boom“, der bis dato nur von einer kleinen Delle Mitte der 1960er Jahre getrübt worden war⁸.

Anlässlich der Ölkrise fragte bereits Ende 1973 ein Journalist der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, ob der „Öl-Schock“ eine „Kulturwende“ auslöste⁹. Diesem Begriff war freilich keine Erfolgsgeschichte beschieden, ganz anders als dem Terminus „Tendenzwende“. Dieser Begriff, der 1973 noch ausschließlich im Zusammenhang von Inflation, Preispolitik und Umsatzbilanzen Verwendung gefunden hatte¹⁰, begann seine Karriere als politische Metapher im Jahr darauf. Zunächst wurde er intensiv in Wahlprognosen und -analysen verwendet¹¹ und dann dazu benutzt, um das Abflauen des linken Zeitgeistes an den Universitäten zu beschreiben¹². Der *ZEIT*-Journalist Rolf Zundel verallgemeinerte ihn weiter. Im Zusammenhang mit den Erfolgen der Union bei den Landtags- und Kommunalwahlen im März 1974 bezeichnete er die „Renaissance konservativer Ideen“ als eine „Tendenzwende“, die er auch am Erfolg des Soziologen Helmut Schelsky festmachte.

publik Deutschland während der 1980er-Jahre. 29.11.–30.11.2010, Bonn, in: H-Soz-u-Kult, 25.2.2011, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3557>> [Zugriff 25.8.2011].

⁵ Vgl. Peter Merseburger, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002, S. 697–715.

⁶ Vgl. etwa die Kommentierung Werner Holzers im Deutschlandfunk, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Kommentarübersicht Rundfunk- und Fernsehdienst, 2.5.1973, S. 6.

⁷ Spiegel-Titel vom 10.12.1973; vgl. dazu Peter Merseburger, Rudolf Augstein. Biographie, München 2007, S. 449f.

⁸ Vgl. Doering-Manteuffel/Raphael, Boom.

⁹ Robert Held, Oel-Schock – Kulturwende, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.12.1973, S. 1.

¹⁰ Dies ergab eine elektronische Volltextsuche in überregionalen Qualitätszeitungen. Vgl. als Beispiele für diese Verwendung: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.11.1973, 30.11.1973 u. 6.12.1973; Der Spiegel vom 3.9.1973; Die Zeit vom 16.11.1973 u. 30.11.1973.

¹¹ Und zwar nicht nur zur Beschreibung von Unionswahlerfolgen, auch die SPD bemühte den Begriff; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.1.1974, S. 1, 7.5.1974, S. 4, 7.6.1974, S. 4 u. 11.6.1974, S. 3.

¹² Vgl. ebenda vom 16.5.1974, S. 12, 4.4.1974, S. 4 u. 4.7.1974, S. 1.

Als Ursache führte der regierungsnaher Zündel Unsicherheit, Angst und Zweifel angesichts der ökonomischen und innenpolitischen Krise an¹³.

Der Publizist Gerd-Klaus Kaltenbrunner startete im selben Jahr die „Herderbücherei INITIATIVE“. Alle zwei Monate erschien nun eine Mischform von Sammelband und Zeitschrift, in der eine heterogene, tendenziell konservative Autorenschar zu Wort kam¹⁴. Der erste Band der „INITIATIVE“ hieß dann „Plädoyer für die Vernunft“ und trug den schüchternen Untertitel „Signale einer Tendenzwende“. Mit Autoren wie Ernst Topitsch ging es im Geiste des kritischen Rationalismus um eine Auseinandersetzung mit Marx und Hegel – eine grundsätzliche Kritik an der Denkfigur der Dialektik. Der zweite Band war den überaus kontrovers diskutierten Bildungsreformen gewidmet¹⁵. Beide Bände wurden in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* sogleich umfassend als „Initiativen gegen den Zeitgeist“ und als „Besinnung, Neuorientierung, ja Wende“ gewürdigt¹⁶. Kaltenbrunner hatte sich schon 1972 als ambitionierter Lektor des Rombach-Verlags um die „Rekonstruktion des Konservatismus“ bemüht¹⁷. Ein Jahr später, jetzt bei Seewald, gab Kaltenbrunner einen Band „Konservatismus International“ heraus, der gegenwartsbezogener war und einen Beitrag von Russell Kirk zum amerikanischen Konservatismus enthielt¹⁸.

Noch größeres Aufsehen erregten aber ein programmatisch eher unscharfer Kongress an der „Akademie der Schönen Künste“ in München und der Sammelband, der daraus hervorging. Beide versahen den Begriff „Tendenzwende“ mit einem Fragezeichen und versprachen im Untertitel eine jaspersche Zeitdiagnose¹⁹. Wie der Verleger Ernst Klett bedauerte, wurde das „Fragezeichen“ in der breiten Rezeption der Tagung weggelassen. Was blieb, war tatsächlich vor allem der plakative Begriff, der hier eben nicht erfunden worden war, aber schon wegen der prominenten Gäste, Redner und Autoren – neben dem Akademiepräsidenten Gerd Albers waren das Hermann Lübke, Golo Mann, Hans Maier, Robert Spaemann und Ralf Dahrendorf – für ein großes Echo sorgte²⁰.

¹³ Vgl. Rolf Zündel, Man trägt wieder konservativ, in: Die Zeit vom 29. 3. 1974, S. 1. Helga Grebing, Erneuerung des Konservatismus?, in: Politische Vierteljahresschrift 19 (1978), S. 372–391, hier S. 372, spricht ohne Belege von einer (gemeint ist offenbar: politischen) Verwendung des Begriffs bereits Ende 1973. Der Verfasser fand dafür keine Quellen.

¹⁴ Die Buchreihe in den charakteristischen Signalfarben erschien in 75 Bänden bis 1988.

¹⁵ Vgl. ders. (Hrsg.), Plädoyer für die Vernunft. Signale einer Tendenzwende, Freiburg 1974; ders. Klassenkampf und Bildungsreform. Die neue Konfessionsschule, Freiburg 1974.

¹⁶ Vgl. Hermann Rudolph, Initiativen gegen den Zeitgeist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 11. 1974, S. 11. Der dritte Band der Reihe widmete sich erneut der historischen Standortbestimmung des Konservatismus; Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), Die Herausforderung der Konservativen. Absage an Illusionen, München 1974.

¹⁷ Der monumentale Sammelband enthält Beiträge zur Geschichte und Systematik des Konservatismus in diversen europäischen Ländern und Epochen; vgl. Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), Rekonstruktion des Konservatismus, Freiburg 1972.

¹⁸ Vgl. ders. (Hrsg.), Konservatismus international, Stuttgart 1973.

¹⁹ Vgl. Clemens Podewils, Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik, Stuttgart 1975, S. 19f.

²⁰ Vgl. etwa Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 11. 1974, S. 21, und Der Spiegel vom 30. 12. 1974, S. S. 41–45, sowie im Folgenden die zahlreichen Verweise auf diese Tagung.

Der eigentliche Drahtzieher dieses Kongresses war der baden-württembergische Kultusminister Wilhelm Hahn (CDU), der als Reaktionär galt und sich daher im Hintergrund hielt. Sein Ziel war es, „alle geistigen Kräfte rechts vom Marxismus zu sammeln“, um dadurch den sich anbahnenden geistigen Umschwung sichtbar zu machen. Er organisierte einen vorbereitenden Zirkel, der hauptsächlich aus den späteren Rednern bestand, daneben gehörten Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer, die Intendanten Helmut Hammerschmidt (Südwestfunk) und Franz May (Saarländischer Rundfunk) sowie der Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger, Johannes Binkowski, dazu. Die bereits eingefädeltete Fernsehberichterstattung wurde zwar durch eine organisatorische Panne vereitelt, allerdings wurde in Werner Höfers populärer Sendung „Der Internationale Frühschoppen“ über die Tagung diskutiert; der Journalist Ludolf Herrmann (*Deutsche Zeitung, Christ und Welt*) trat dort als Anwalt des Tendenzwende-Kongresses auf. Für große Resonanz in den Printmedien war aufgrund der vorherigen Unterrichtung einiger Chefredakteure gesorgt. Ein besonderer Coup gelang zudem dem Soziologen Ralf Dahrendorf, der nicht nur den Titel der Tagung vorgeschlagen, sondern auch Bundespräsident Walter Scheel erfolgreich zur Teilnahme eingeladen hatte. Viele weitere prominente Teilnehmer wie Carl Friedrich von Weizsäcker, Richard Löwenthal oder Arnold Gehlen erhöhten als – kommunikationswissenschaftlich gesprochen – „Elite-Personen“ und Multiplikatoren den Nachrichtenwert der Tagung, auf die Scheel sogar in seiner Weihnachtsansprache zu sprechen kam²¹.

Inhaltlich wurden unterschiedliche Ansätze akzentuiert. Der Hausherr, der Architekt Gerd Albers, forderte eine „moralische Umkehr“, ähnlich der Philosoph Robert Spaemann, der eine radikale Kehrtwende und die Aufgabe des Emanzipationsbegriffs proklamierte. Ralf Dahrendorf hielt dagegen an einem Bürgerrecht auf Bildung fest; ihm ging es eher darum, die von ihm mit angestoßenen emanzipatorischen Reformanstrengungen zu moderieren, denn um eine grundlegende Wende²².

Zum Jahreswechsel 1974/1975 erschien die „Tendenzwende“ in den Medien bereits als Signatur des vergangenen Jahres, in dem der Visionär Willy Brandt gestürzt und der Pragmatiker Helmut Schmidt zum Kanzler gewählt worden war. In zahlreichen Zeitungskomentaren wurde über die „Tendenzwende“ debattiert. In der *ZEIT* nahm Zundel den Begriff wieder auf²³. Und der *Spiegel* befand: „Jeder fühlt den neuen Wind“ – und brachialer: „Links ist nicht mehr in, links ist Scheiße.“²⁴. In seiner Jahresrückschau bebilderte das Nachrichtenmagazin

²¹ Wilhelm Hahn, *Ich stehe dazu. Erinnerungen eines Kultusministers*, Stuttgart 1981, S. 232–240, Zitat S. 232. Umfangreiche Quellen zu Hahns Netzwerk finden sich in seinem Nachlass in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (künftig: ACDP), 01–392-009/1.

²² Vgl. die Beiträge in Podewils, *Tendenzwende?*

²³ Zundel benutzte ihn ohne Verweis auf seine eigene Verwendung zuvor; vgl. Rolf Zundel, *Tendenzwende – mehr als Einbildung*, in: *Die Zeit* vom 13. 12. 1974, S. 1. Sogar mit Blick auf das Theater glaubte man, eine „Tendenzwende“ auszumachen; der kulturelle Rückblick erschien in: *Die Zeit* vom 27. 12. 1974, S. 9f.

²⁴ Vgl. *Der Spiegel* vom 6. 1. 1975, S. 19f.

die „Tendenzwende“, unterfüttert mit Zitaten aus der besagten Tagung an der Münchener Akademie der Schönen Künste, die erst wenige Wochen zuvor stattgefunden hatte. Allerdings fügte sich auch das visuelle Narrativ nur schwer zu einem kohärenten Bild, waren doch neben Fotos des scheidenden Brandt und des Wahlkämpfers Strauß auch die langen Schlangen vor der Caspar David Friedrich-Ausstellung in Hamburg, der Rücktritt Nixons und der „Tanga-Minibikini am Bindfaden“ gezeigt worden²⁵.

Fortan wurde die „Tendenzwende“ zur Erklärung heterogener Phänomene herangezogen, die Hermann Glaser sogar an der Ausschmückung von Festveranstaltungen mit „Lorbeerbäume[n] und Streichquartette[n]“ zu erkennen glaubte²⁶. Die Schüler Union fahndete nach einer „Tendenzwende“ an den Schulen²⁷. Auch an der Frage, ob das Auswärtige Amt eine Ausstellung in London bezuschussen dürfe, entzündete sich eine Debatte. Hier wurden nämlich auch derbe Anti-Strauß-Plakate von Klaus Staeck gezeigt, so dass sich Graphiker und *Spiegel* einig waren, es sei ein Zeichen für die „Tendenzwende“, dass Außenminister Genscher auf die Beschwerden der CSU eingegangen sei. Staeck, der den späteren Wende-Alarmismus vorwegnahm, glaubte sogar, unter einer absoluten Unionsmehrheit werde es für ihn „keine Wirkungsmöglichkeit“ mehr geben²⁸. Im selben Jahr, 1975, war auf dem Klappentext des Bandes „Freiheit oder Gleichheit“ des Politikwissenschaftlers Martin Greiffenhagens zu lesen, für die „Veränderung des politischen Klimas“ habe sich das „Wort ‚Tendenzwende‘ eingebürgert“. Greiffenhagen verteidigte darin Demokratisierung, Partizipation und Emanzipation²⁹, und auch Kurt Sontheimer ging auf Abstand zu der „zu Recht umstrittenen Wende“³⁰. Zugleich setzte er sich von Schelsky ab, dessen Diagnose der Herrschaft einer linken Intellektuellenklasse er nicht teilte³¹. Gleichwohl wurde der Sozialdemokrat Sontheimer später zu den „Neukonservativen“ gezählt³².

Arnold Gehlen und sein Schüler Helmut Schelsky hatten die Intellektuellenkritik eindrucksvoll revitalisiert. Bei Gehlen zielte sie auf die eudämonistisch-humanitaristische Ethik der Linksintellektuellen³³, bei Schelsky auf deren Etablie-

²⁵ Der Spiegel vom 30. 12. 1974, S. 41–45.

²⁶ Hermann Glaser, Die Mitte und rechts davon. Bemerkungen zur Tendenzwende in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 42, 19. 10. 1974, S. 14–36, hier S. 14. Der Artikel erschien noch vor dem Tagungstermin im November, möglicherweise hatte Glaser von ihrer Planung gehört. Der Begriff war aber, wie gesehen, auch schon vorher im Umlauf.

²⁷ Vgl. Christoph von Bülow (Hrsg.), Die Schüler-Union. Tendenzwende an den Schulen?, Bonn 1975. Das Fragezeichen im Untertitel verdeutlicht, dass sich die unionsnahe Organisation eines Meinungsumschwungs unter den Schülern noch nicht ganz sicher war.

²⁸ Interview und Bericht in: Der Spiegel vom 20. 1. 1975, S. 91f., Zitat S. 92.

²⁹ Vgl. Martin Greiffenhagen, Freiheit gegen Gleichheit? Zur „Tendenzwende“ in der Bundesrepublik, Hamburg 1975.

³⁰ Kurt Sontheimer, Das Elend unserer Intellektuellen. Linke Theorie in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1976, S. 23.

³¹ Vgl. ebenda, S. 267.

³² Habermas, Neue Unübersichtlichkeit, S. 31.

³³ Vgl. Arnold Gehlen, Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik, hrsg. von Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt a. M. 2004 (Erstausgabe 1969). Über die Kritik Schelskys an diesem

rung als „Priesterherrschaft“³⁴. Schelsky, der sich selbst keineswegs als konservativ, sondern eher als klassisch-liberal empfand³⁵, erntete scharfen Widerspruch auch von dezidierten Liberalen wie Dahrendorf, der Schelsky unter der Überschrift „Denunziation der Aufklärung“ als „Ideologen der Neuen Rechten“ stigmatisierte³⁶. An diesem Streit kann man bereits ablesen, dass die wenigsten Intellektuellen sich selbst als konservativ bezeichneten und sich auch diejenigen, die als neokonservativ galten, nicht selten voneinander distanzieren.

Von einer anderen Perspektive aus grenzte sich der ehemalige Strauß-Berater, Publizist und Politologe Armin Mohler von der „Tendenzwende“ ab, die er für eine „Angelegenheit des liberalen Establishments“ hielt. Seine 1978 herausgegebene Aufsatzsammlung nannte er aber doch „Tendenzwende für Fortgeschrittene“, so dass der Bezug erhalten blieb. Mohler erkannte gerade antiliberale Wesensmerkmale wie die Suche nach Bindung als Zug der Zeit. Mohler distanzierte sich – zum Schrecken vieler Konservativer – in dreierlei Hinsicht von den Neokonservativen: Erstens lehnte er das Christentum ab, zweitens beschrieb er die eigene Position bewusst als Ideologie, und drittens sah er in Amerika einen Feind. Um sich von den liberal und atlantisch gesinnten Konservativen abzugrenzen, bezeichnete sich Mohler explizit als „rechts“³⁷.

Die „Tendenzwender“ ließen sich auch von konservativer Kritik nicht beirren. 1978 initiierte Hahn, jetzt offener und gestützt auf den Stab seines Ministeriums, eine Folgeveranstaltung, die unter dem Motto stand: „Mut zur Erziehung“. Damit knüpfte er an einen Vortrag Spaemanns an und nahm eine Formulierung der Psychotherapeutin Christa Meves auf. An diesem Forum nahmen mit Lübke, Maier, Spaemann und Golo Mann auch maßgebliche Redner der Tagung in München vom Dezember 1974 teil. Auch dieser Kongress wurde sorgfältig vor- und nachbereitet und fand große Beachtung. Bundespräsident Scheel kam erneut, ebenso befanden sich Bundestagspräsident Karl Carstens und der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, Hans Bausch, unter den Gästen. Mit Hartmut von Hentig war auch ein prominenter Vertreter der emanzipatorischen Pädagogik als Diskutant vertreten. Da die Veranstaltung als Fortschreibung der „Tendenzwende“-Tagung galt, wurde dieser Begriff noch tiefer in der politischen Kultur verankert. Mit neun Thesen gegen die emanzipatorische Pädagogik, die im Wesentlichen Lübke, damals noch Mitglied der SPD, formuliert hatte, warfen die Konservativen

Buch zerstritten sich die beiden Soziologen; vgl. Karl-Siegbert Rehberg, Vorwort zur 6. Auflage, in: Ebenda, S. VII-XVII, hier S. VII f., Anm. 2.

³⁴ Vgl. Helmut Schelsky, *Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen*, Opladen 1975. Das Buch erlebte eine außerordentliche Resonanz, auf die meist kritischen Rezensenten antwortete Schelsky ausführlich in der Zweitausendtausend-Auflage, die noch im Ersterscheinungsjahr herauskam.

³⁵ Vgl. Schelsky, *Die Arbeit tun die anderen*, S. 392–402

³⁶ Ralf Dahrendorf, *Die Denunziation der Aufklärung*, in: *Die Zeit* vom 28. 3. 1975, S. 3.

³⁷ Armin Mohler, *Tendenzwende für Fortgeschrittene*, München 1978, Zitat S. 37. Zur erst Ende der 1960er Jahre forcierten atlantischen Positionierung des Konservatismus in der Bundesrepublik vgl. Peter Hoeres, *Reise nach Amerika. Axel Springer und die Transformation des deutschen Konservatismus in den 1960er und 1970er Jahren*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 1/2012, S. 54–75.

den Reformern den Fehdehandschuh hin, was entsprechende Reaktionen nach sich zog, aber eben auch entsprechende Aufmerksamkeit sicherte. Diesmal gab Hahn selbst den Tagungsband heraus³⁸. Der Kongress fand ein lebhaftes Echo in den Printmedien³⁹, die Begriffe „Tendenzwende“ oder „konservative Wende“ zirkulierten wieder, viele Kritiker aus Philosophie⁴⁰ und Erziehungswissenschaft⁴¹ meldeten sich zu Wort. Habermas versuchte das Forum in die Nähe der Fachtagungen jener Jahre zu rücken⁴², welche die CDU zu Themen wie Umwelt, Kinder, Fortschritt, Sport, Entwicklung und Schule, aber auch zur Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik veranstaltete⁴³. Sogar im Bundestag wurde über das Forum debattiert. Und Hahn gab einen Erlass heraus, nachdem sich die Gesamtlehrerkonferenzen in Baden-Württemberg mit den Thesen des Forums zu befassen hatten⁴⁴.

Den Vorwurf, auf dem Forum sei Gegenaufklärung betrieben worden, nahm Lübke zum Anlass, einen weiteren Kongress zur Aufklärung über die Aufklärung vorzuschlagen⁴⁵. Tatsächlich kam es zwei Jahre später in Zusammenarbeit mit der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung zu der Veranstaltung „Aufklärung heute“, auf der viele vertraute Gesichter auftauchten. Das Einladungsschreiben von Hahn, Lübke, dem Philosophen Nikolaus Lobkowicz, dem Juristen Martin Kriele und dem Soziologen Michael Zöllner, der den Tagungsband in der florierenden konservativen Reihe „Texte + Thesen“ der „Edition Interfrom“ (Verlag A. Fromm)⁴⁶

³⁸ Unterlagen in: ACDP, 01-392-009/1; Hahn, Ich stehe dazu, S. 254–262; vgl. Wilhelm Hahn (Hrsg.), Mut zur Erziehung. Beiträge zu einem Forum am 9./10. Januar 1978 im Wissenschaftszentrum Bonn-Bad Godersberg, Stuttgart 1978. Das Buch wurde anscheinend erst im Februar 1979 ausgeliefert; Schreiben Hahns an die Presse, Februar 1979, in: ACDP, 01-392-009/1.

³⁹ SDR-Intendant Hans Bausch bezeichnete Hahns Ansinnen eines TV-Streitgesprächs zwischen Ernst Tugendhat und Lübke dagegen als „unrealistisch“. Das Medium eigne sich nicht dazu, das Thema finde nicht genügend Interesse. Bausch an Hahn, 26. 6. 1978, in: Ebenda; dort sind auch zahlreiche Pressestimmen gesammelt.

⁴⁰ Vgl. Ernst Tugendhat, Totalitäre Tendenzen, in: Die Zeit vom 2. 6. 1978, S. 48; Jürgen Habermas, Moralisierende Entrüstung unangebracht. Brief an R. Spaemann, in: Die Zeit vom 21. 7. 1978, S. 16.

⁴¹ Stellungnahme einer „ad-hoc-Gruppe“ während des Tübinger Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften am 10. 3. 1978; vgl. Zeitschrift für Pädagogik 24 (1978), S. 235–240, und Frankfurter Rundschau vom 6. 4. 1978, S. 15.

⁴² Vgl. Habermas, Moralisierende Entrüstung unangebracht, in: Die Zeit vom 21. 7. 1978.

⁴³ ACDP, 07-001-17025, und 07-001-12306.

⁴⁴ Darauf wies auch der Abgeordnete Weißkirchen im Bundestag hin; vgl. Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 96. Sitzung am 9. 7. 1978, S. 7619–7621; ACDP 01-392-009/1.

⁴⁵ Undatierte Stellungnahme von Hermann Lübke, Zum Erscheinen des Buches „Mut zur Erziehung“, in: ACDP, 01-392-009/1.

⁴⁶ In der CDU-Bundesgeschäftsstelle scheint man erst 1979/80 darauf aufmerksam geworden zu sein. Die Reihe „Texte und Thesen“ sei, wie der Leiter des Büros für auswärtige Beziehungen Henning Wegener Bundesgeschäftsführer Ulf Fink berichtete, neben den Publikationen von Olzog die einzige, „die sich konsequent für eine der CDU-Haltung entsprechenden Politik“ einsetze. Daher empfahl er eine Zusammenarbeit und Nutzung der Publikationen. Schreiben vom 13. 2. 1980, sowie Ursula Malzahn (Verlag A. Fromm) an Wegener 1. 2. 1980, in: ACDP, 07-001-122290.

herausgab, wies auf eine „im Effekt totalitäre Unterströmung“ der Aufklärung hin und kritisierte den anmaßenden Anspruch der Intellektuellen, Hüter der Aufklärung zu sein. Die Tagung war prinzipiell aufklärungsapologetisch, kritisierte aber deren einseitige Indienstnahme und Pervertierung⁴⁷.

3. Die Union zwischen „Tendenzwende“, Modernisierung und angelsächsischen Vorbildern

Die Unionsparteien schwankten zwischen Aufnahme von Schelskys Kritik an den Intellektuellen und Annäherungsversuchen an eben diese Gruppe. Große Resonanz fand Schelskys Rede „Der selbständige oder der betreute Mensch?“ vor dem Parteitag der CSU in München im September 1973. Eine eigens gegründete „Projektgruppe“ in der CDU-Bundesgeschäftsstelle um Warnfried Dettling machte sich an eine aneignende, aber auch kritische Auswertung der Rede. Dabei wurden aus Schelskys Rede konkrete Vorschläge abgeleitet, die der Öffnung der Partei – etwa durch Kontakte zu jungen Wissenschaftlern oder eine „Volksbefragung“ – ebenso dienen sollten wie die bessere Beobachtung von Freund und Feind. Dabei erschien die Bevormundung durch (SPD-)Funktionäre als neues Feindbild⁴⁸.

Im Zuge des Erneuerungsprozesses der CDU nach der Wahlniederlage 1972⁴⁹ versuchten der neue Parteivorsitzende Helmut Kohl, Generalsekretär Kurt Biedenkopf und die rheinland-pfälzische Kultusministerin Hanna-Renate Laurien, Signale für eine Öffnung der Union zu den Intellektuellen zu geben, nachdem sich deren Symbiose mit der SPD gelockert zu haben schien. Dabei übten die genannten CDU-Politiker durchaus Kritik am Missverhältnis der Union zu den Intellektuellen⁵⁰. Freilich waren bereits in den 1960er Jahre Bemühungen von

⁴⁷ Vgl. Michael Zöllner (Hrsg.), *Aufklärung heute. Bedingungen unserer Freiheit*, Zürich 1980, das Einladungsschreiben dort S. 8f.; vgl. auch Ulrich Zellenberg, *Verfassungsstaat und Wahrheit. Zur Aktualität neokonservativer Argumente zur Verteidigung der liberalen Demokratie*, in: Hartmuth Becker/Felix Dirsch/Stefan Winckler (Hrsg.), *Die 68er und ihre Gegner. Der Widerstand gegen die Kulturrevolution*, Graz/Stuttgart 2003, S. 12–36, hier S. 13f.

⁴⁸ ACDP, 07–001-17025. 1973 wurde von der CDU-Bundespartei eine Planungsgruppe unter Warnfried Dettling eingerichtet (ab 1983 Grundsatz- und Planungsabteilung unter Leitung von Wulf Schönbohm).

⁴⁹ Vgl. Frank Bösch, *Die Krise als Chance: Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren*, in: Jarausch (Hrsg.), *Ende*, S. 288–301; Daniel Schmidt, „Die geistige Führung verloren“. Antworten der CDU auf die Herausforderung „1968“, in: Franz-Werner Kersting/Jürgen Reulecke/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), *Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975*, Stuttgart 2010, S. 85–107.

⁵⁰ Vgl. Helmut Kohl, *Zwischen Ideologie und Pragmatismus. Aspekte und Ansichten zu Grundfragen der Politik*, Stuttgart 1973; ders., *Die Intellektuellen und die CDU*, in: Ders., *Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993*, hrsg. von Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993 (zuerst in: *Sonde 8 (1975)*), S. 118–133; Kurt H. Biedenkopf, *Die Intellektuellen und die Politik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 14/1976*, S. 3–11; Bezugnahme auf Stellungnahmen Kohls und Biedenkopfs: Hanna-Renate Laurien, *Die CDU und die Intellektuellen*, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), *Das Elend der Christdemokraten. Ortsbestimmung der politischen Mitte Europas*, München 1977, S. 147–

Ludwig Erhard und Rainer Barzel um eine Öffnung ihrer Partei gegenüber den Intellektuellen gescheitert⁵¹. Kohl hatte schon damals, 1964, eine positive Auseinandersetzung mit Wissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern gefordert⁵².

Immerhin gelang der CDU eine Einbindung von Wissenschaftlern bei der Beratung ihres neuen Grundsatzprogramms, das dann 1978 in Ludwigs-hafen verabschiedet wurde. Im Wahlkampf 1983 zog Kohl aber schnell wieder gegen linke Professoren und Pfarrer zu Felde⁵³. Und wenig später wettete er gegen die „Fortschritts- und Technikfeindlichkeit“ in „Intellektuellen- und Pseudointellektuellenzirkeln“⁵⁴. Wie Erhard stellte auch Kohl die Annäherungsversuche an die Intellektuellen, die dem politischen „Mainstream“ zuzurechnen waren, also bald wieder ein. Kohl folgte hierbei Thatchers Intellektuellenschelte. Und auch die Wirtschaftskrise im Gefolge der zweiten Ölpreiskrise wertete Kohl, ganz ähnlich wie die Eiserne Lady, als Sekundärphänomen. Der geistig-moralischen Krise, wie sie sich in den grassierenden Zukunfts- und Umweltängsten zeigte, müsse mit geistiger Führung begegnet werden⁵⁵. Von Thatchers Beispiel und ihrem radikalen Umbauprogramm, das auf einer dezidiert liberalkonservativen Philosophie in Anlehnung an Friedrich August von Hayek fußte, konnte sich die Union Ende der 1970er Jahre durchaus ermutigt fühlen⁵⁶.

Kaltenbrunner sah die Union damals am Scheideweg: Entweder entwickle sie sich künftig in die soziale Richtung wie die chilenische Christdemokratie oder sie suche das Bündnis mit den britischen Konservativen und den Gaullisten in Frankreich⁵⁷. Die Volkspartei wollte sich als Partei der Mitte, als die Biedenkopf und Kohl sie sahen, aber nicht eindeutig auf eine Richtung festlegen. Trotz der inhaltlichen Modernisierung der CDU, die eine graduelle Anpassung an die Resultate sozialliberaler Politik, etwa in der Ostpolitik, und eine Öffnung zu den neuen sozialen Bewegungen bedeutete, intensivierten die Parteiführung und die Bun-

153. In diesem Band findet sich auch ein Beitrag des Criticón-Herausgebers Caspar von Schrenck-Notzing, *Das Unbehagen der Konservativen an der CDU*, S. 60–73.

⁵¹ Vgl. Schmidt, „Führung“, in: Kersting/Reulecke/Thamer (Hrsg.), *Die zweite Gründung*, S. 97f.

⁵² Vgl. 12. Bundesparteitag der CDU. 14.-17. März 1964, Hannover, hrsg. von der Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1964], S. 67.

⁵³ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. 2. 1983, S. 38.

⁵⁴ *Aufwärts mit Deutschland*. Protokoll. 31. Bundesparteitag 25./26. März 1983, Köln, hrsg. von der Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1983], S. 29–51, Zitate S. 40.

⁵⁵ Vgl. „Das Land hat über seine Verhältnisse gelebt“. Ein Gespräch von Johann Georg Reißmüller mit dem Oppositionsführer Helmut Kohl“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. 8. 1982, S. 5; „Kohl: Das Siechtum dieser Regierung droht auf das Ganze überzugreifen. Die Krise ist eine geistig-moralische – Wir brauchen die grundsätzliche Wende“, in: Ebenda vom 10. 9. 1982, S. 7.

⁵⁶ Vgl. Dominik Geppert, *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975–1979*, München 2002; ders., *The Crisis of the Welfare State: Thatcherism as a Model for German Christian Democracy?*, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.), *Britain as a Model of Modern Society? German Views*, Augsburg 2006, S. 168–183.

⁵⁷ Vgl. das Vorwort des Herausgebers, in: Kaltenbrunner (Hrsg.), *Elend*, S. 7–14, hier S. 14.

desgeschäftsstelle der CDU den Kontakt mit den britischen und amerikanischen Konservativen, ohne deren monetaristische Programmatik zu übernehmen.

Diese transnationalen Verbindungslinien wurden bisher kaum erforscht⁵⁸. Für die Auslandsbeziehungen der CDU war das Büro für internationale Beziehungen bzw. das Büro für auswärtige Beziehungen (BIZ) in der Bundesgeschäftsstelle zuständig, das unmittelbar der Parteiführung zugeordnet war. Dessen Leiter Henning Wegener erstattete dem Parteivorsitzenden auch umfassend Bericht über die Parteitage der Tories⁵⁹. Das Büro unterhielt mit dem auswärtigen Büro der britischen Konservativen (*Conservative Party International Office*) Kontakt und organisierte seit 1978 Treffen zwischen Vertretern der Hauptabteilung Politik des Adenauerhauses und dem *Conservative Research Department* bzw. dem *Central Office* der Konservativen Partei⁶⁰. Während in der CDU-Bundesgeschäftsstelle aber eher die weichen, sozialen Themen diskutiert wurden, schickten die Briten etwa für ein Informationstreffen im März 1980 scharfe Positionspapiere zur Verteidigungspolitik. Das BIZ betonte in seiner Antwort am 29. Februar 1980 die positive Einstellung zur Abrüstung, bekundete gleichzeitig aber auch die Unterstützung von Reagans Entscheidung, die Ratifizierung von SALT II⁶¹ aufzuschieben; ebenso ließ das BIZ keinen Zweifel an der zustimmenden Haltung der CDU zum NATO-Doppelbeschluss⁶².

Auch zum konservativen Personal der USA pflegte zumindest die Unionsspitze gute Beziehungen. Franz Josef Strauß stand in engem Kontakt zu Reagans zeitweiligem Sicherheitsberater (1981/82) Richard V. Allen⁶³. Reagan selbst – damals noch nicht Präsident – besuchte 1978 die Bundesrepublik und wurde dort nicht von der Bundesregierung, wohl aber vom Oppositionsführer Helmut Kohl empfangen. Noch in dieser Eigenschaft wurde Kohl im Oktober 1981 von Reagan ins Oval Office gebeten, wo der Deutsche den amerikanischen Präsidenten mit den Feinheiten der Berlin- und Deutschlandpolitik vertraut machte. Da Kohls Dolmetscher ausgefallen war, übersetzte sein neu rekrutierter Berater, der Historiker Michael Stürmer, den er im selben Jahr bei einer Veranstaltung für seinen Doktorvater Walther Peter Fuchs in Heidelberg kennengelernt hatte⁶⁴. Wegener hatte nach der Wahl Reagans 1980 noch gewarnt: „Die Republikanische Partei und

⁵⁸ Diesem Thema widmet sich ein laufendes Forschungsprojekt des Verfassers.

⁵⁹ So z. B. den fünfseitigen, eng beschriebenen Vermerk von Wegener für Kohl vom 14. 10. 1980, in: ACDP, 07–001-122290.

⁶⁰ Vermerke des BIZ vom 21. 3. 1979 bzw. 30. 1. 1981, in: ACDP, 07–001-6516 bzw. 07–001-122290.

⁶¹ Die zweite Runde der „Strategic Arms Limitation Talks“ wurde 1979 in Wien von US-Präsident Carter und KPdSU-Generalsekretär Breschnew erfolgreich abgeschlossen. Der US-Senat lehnte eine Ratifizierung des Vertrags mit Blick auf den Afghanistan-Krieg jedoch ab.

⁶² ACDP, 07–001-122290.

⁶³ Die Korrespondenz beider reicht bis in die 1960er Jahre zurück; Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, München (künftig: ACSP), NL Strauß, verteilt auf die Aktengruppen Büro Ministerpräsident, Büro Parteivorsitzender.

⁶⁴ Vgl. Helmut Kohl, *Erinnerungen 1930–1982*, München 2004, S. 582–584, und freundliche Auskünfte von Prof. Dr. Michael Stürmer in einem Zeitzeugengespräch am 20. 8. 2011 in Berlin.

Reagan sind vielleicht problematischer als wir heute glauben.⁶⁵ Das Verhältnis zwischen Kohl und Reagan blieb aber sehr gut, was sich auch in der Bitburg-Affäre zeigte, wo Reagan wegen des gemeinsamen Besuchs des Friedhofes, auf dem auch Soldaten der Waffen-SS begraben liegen, scharf kritisiert wurde⁶⁶.

Diese sozialpolitische Orientierung derjenigen, die auf eine Modernisierung der CDU setzten, verhinderte zugleich eine engere Anlehnung an den angelsächsischen Liberalisierungskurs in der Wirtschaftspolitik, obwohl die Verbindungen zu den britischen Konservativen 1978 in der Gründung der Europäischen Demokratischen Union (EDU) mündeten. Gegen dezidiert christliche Partner in Italien, Belgien und den Niederlanden hatte die CDU durchgesetzt, dass auch Parteien diesem neuen Bündnis beitreten konnten, die nicht auf dem Boden der christlichen Weltanschauung standen. Zur EDU gesellte sich 1983 dann die Internationale Demokratische Union (IDU), die ein weiteres Forum des Austausches zwischen Thatcher und den deutschen Christdemokraten bot⁶⁷. Die Themen der CDU-Planungsgruppe seit Mitte der 1970er Jahre waren aber eben nicht Monetarismus, von Hayek oder Kampf gegen Keynesianismus und Gewerkschaftsmacht, sondern Futurologie, Freizeit, „Neue soziale Frage“, Bürgerinitiativen und Gemeinsamkeiten mit den Gewerkschaften⁶⁸. Und in der Hauptabteilung Politik kümmerte man sich gemäß eines Vorstandsbeschlusses seit 1981 um Europa, den Nord-Süd-Konflikt, das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie, Vollbeschäftigung, Familie und Beruf und die Zukunftschancen der jungen Generation⁶⁹. Die transnationale Rezeption war also begrenzt.

4. Die Konstruktion der „geistig-moralischen Wende“

Trotz der programmatischen Unterschiede konnten sich die deutschen Christdemokraten Ende der 1970er Jahre, Anfang der 1980er Jahre durch die Entwicklungen in Großbritannien und USA ermutigt fühlen. Der Topos „Tendenzwende“ war 1982 so fest etabliert, dass mit Verweis darauf – noch vor dem Regierungswechsel in Bonn – Rektor und Konrektor der Bremer Reformuniversität zurücktraten. Anlass war eine Novelle des Bremer Hochschulgesetzes durch den sozialdemokratischen Wissenschaftssenator. Rektor Alexander Wittkowsky sah dadurch das Bremer Modell gefährdet, die SPD wollte die Universität dagegen aus der Isolation führen⁷⁰.

⁶⁵ Wegener an Kohl, 14. 11. 1980, in: ACDP, 07-001-122290.

⁶⁶ Vgl. Theo Hallet, *Umstrittene Versöhnung. Reagan und Kohl in Bitburg 1985*, Erfurt 2005.

⁶⁷ ACSP, NL Strauß, Büro Ministerpräsident Nr. 68; aus der Literatur vgl. vor allem Michael Gehler/Wolfram Kaiser (Hrsg.), *Christian Democracy in Europe since 1945*, Bd. 2, London/New York 2004; Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Bd. 2, Paderborn u. a. 1983.

⁶⁸ Materialien in: ACDP, 07-001-17027. Zu den Auslandsverbindungen vgl. die Aktenbestände in: ACDP, 07-001-5297, 07-001-6516, 07-001-17026, 07-001-122290 und 07-001-12285.

⁶⁹ ACDP, 07-001-12292.

⁷⁰ Vgl. *Der Spiegel* vom 29. 3. 1982, S. 114–116.

Der allgemeinere Wende-Begriff – ohne das Beiwort „Tendenz“ – wurde im gesamten politischen Spektrum gebraucht; das galt für Liberale, Christdemokraten und Sozialdemokraten wie Erhard Eppler, der schon 1975 in seinem Buch „Ende oder Wende“ für eine Wende plädiert hatte, die er als wertkonservativ bezeichnete. Den Wertkonservatismus bezog er auf Umwelt, Natur und Ressourcen und setzte ihn gegen einen negativ bewerteten Strukturkonservatismus. Altbundespräsident Gustav Heinemann grenzte in seiner Besprechung diese Vision von einer rückwärts gerichteten „Tendenzwende“ ab⁷¹.

Politiker von CDU und CSU benutzten den Wende-Begriff programmatisch auf einer gemeinsamen Delegiertenkonferenz 1980, wo das „Mannheimer Manifest der Union für die Wende in Deutschland“ verabschiedet wurde, das den Obertitel „Für Frieden und Freiheit“ trug. Der erste CDU-Entwurf dafür hatte den Wendebegriff nicht enthalten⁷² und war vom gemeinsamen Kanzlerkandidaten Strauß abgelehnt worden⁷³. Auch im Entwurf der CSU war zunächst nicht von Wende die Rede⁷⁴. Dann kam erst einmal die „politische Wende“ in das Manifest⁷⁵. Konjunktur erhielt der Wende-Begriff nach einer Strategierunde der CSU, die unter Beteiligung der Agentur „Team 70“ stattfand, mit der die Partei schon länger zusammenarbeitete. Er fand bei Strauß, der das Manifest persönlich bearbeitete⁷⁶, Gefallen und so verständigte man sich schließlich auf die Formulierung „politische und geistige Wende“⁷⁷. Es spricht einiges dafür, dass die CDU dabei überfahren wurde, beschritt die CSU doch des Öfteren Wege abseits der gemeinsamen Wahlkampfkommission. Zwischenzeitlich wollte sie überhaupt kein Manifest beschließen⁷⁸, schon gar keines, das vorwiegend in der CDU-Geschäftsstelle konzipiert war, sah man doch in München schon seit längerem den gemeinsamen Kanzlerkandidaten durch den CDU-Generalsekretär Heiner Geißler desavouiert⁷⁹. Schließlich wurde ein revidierter Text des Manifestes zwischen den Generalsekretären der Unionsparteien Geißler und Stoiber abgesprochen

⁷¹ Vgl. Erhard Eppler, *Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen*, Stuttgart u. a. 1975; Gustav Heinemann über Erhard Eppler: „‘Ende oder Wende‘. Strategie des Überlebens“, in: *Der Spiegel* vom 19. 5. 1975, S. 138 f.

⁷² Ulf Fink an Kohl, 2. 7. 1980, und an Edmund Stoiber, 7. 7. 1980, sowie Entwurf des Manifestes vom 2. 7. 1980, der von Kohl mit „im Prinzip ja, nach Antwort Stoiber“ handschriftlich gebilligt wurde, in: ACDP, 07–001-12306.

⁷³ Stoiber an Geißler, 1. 8. 1980, in: ACDP 07–001-12306.

⁷⁴ Stoiber an Geißler, 1. 8. 1980 mit Entwurf Wahlmanifest, in: Ebenda.

⁷⁵ Wegener an Geißler, 14. 8. 1980 mit: *Zum Mannheimer Manifest für die Wende in Deutschland: Zwölf Gebote für eine freiheitliche Politik in Deutschland*, in: Ebenda.

⁷⁶ Das geht aus einem Briefentwurf der CDU-Bundesgeschäftsstelle an CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber vom 5. 8. 1980 hervor, in: ACDP, 07–001-12285.

⁷⁷ Schriftliche Auskunft von Dr. Edmund Stoiber am 23. 8. 2011. Zur Agentur „Team 70“ vgl. Renate Höpfinger, Agentur „Team 70“, in: *Historisches Lexikon Bayerns*, URL: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_46377> [Zugriff 17. 8. 2011].

⁷⁸ Briefentwurf der CDU-Bundesgeschäftsstelle an Stoiber vom 5. 8. 1980, in: ACDP, 07–001-12285.

⁷⁹ Stoiber an Geißler, 13. 7. 1979, in: Ebenda.

und den Vorsitzenden Kohl und Strauß erneut vorgelegt. Danach ging es an die Delegierten beider Parteien⁸⁰.

Unter dem Banner der geistigen und politischen Wende listeten die Unionsparteien ihre Grundwerte und Grundpositionen auf: Bekenntnis zur NATO und zur sozialen Marktwirtschaft, zur deutschen Nation und zur Familie und zu Lebenssinn gebenden Werten wie „Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe, Einsatzbereitschaft, Treue, Wahrhaftigkeit, Gemeinschaftssinn, Verantwortungsbewusstsein und Zivilcourage“⁸¹. Erstaunlicherweise fehlte jeder Bezug auf das „C“ der Union, noch nicht einmal das christliche Menschenbild wurde beschworen.

Auf der Delegiertenkonferenz beendete CDU-Generalsekretär Geißler seine Rede mit den Worten, der politische Gegner täusche sich über den festen Willen der Union, „mit Franz Josef Strauß die politische und geistige Wende für Frieden und Freiheit in Deutschland durchzusetzen“⁸². Auch sein CSU-Kollege Stoiber beschwor die „Wende“ – eine Forderung, die in der Medien-Berichterstattung ein lautstarkes Echo fand⁸³. Im Wahlkampf beschrieb Helmut Kohl die „geistige Wende“ als Abkehr vom „sozialistischen Weg“, verbunden mit Aufwertung der Familie sowie der Renaissance klassischer Tugenden wie Vaterlandsliebe, Leistungsfreude und Hilfsbereitschaft für notleidende Völker. Über solche „weitmaschigen Allgemeinbegriffe“ hinaus werde das Konzept freilich nicht konkretisiert, kritisierte die *Neue Zürcher Zeitung*⁸⁴.

Das Schlagwort von der Wende wurde nach der Niederlage von Strauß 1980 dann vom FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher benutzt. Am 20. August 1981 schrieb er in einem Brief an seine Parteifunktionäre: „Eine Wende ist notwendig“. Er wollte aber ebenso wie einige konservative Sozialdemokraten, etwa Arnulf Baring oder Annemarie Renger, auf eine Abwehr von überzogenen Ansprüchen an den Wohlfahrtsstaat hinaus⁸⁵, und zielte nicht auf eine geistig-moralische Korrektur der sozialliberalen Ära. Im Umkreis des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth fürchtete man schon, der Wendebegriff sei nun von Genscher besetzt und die *Frankfurter Rundschau* kommentierte, die Union versuche, „hinter Genscher herzuklappern“⁸⁶. Ein Jahr später, am 5. August 1982,

⁸⁰ Fink an Kohl, 20. 8. 1980, in: ACDP, 07–001-12284 und 07–001-12306.

⁸¹ Text des Manifestes, in: ACDP, 07–001-5361.

⁸² Redemanuskript Geißlers, in: ACDP, 07–001-12306.

⁸³ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. 9. 1980, S. 1; Süddeutsche Zeitung vom 1. 9. 1980, S. 1 f.; Frankfurter Rundschau vom 1. 9. 1980, S. 3; Die Welt vom 1. 9. 1980, S. 1 f.; Handelsblatt vom 1. 9. 1980, S. 4.

⁸⁴ Vgl. die Wahlkampfreportage „Helmut Kohl wirbt für ‚geistige Wende‘“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 17. 9. 1980, S. 5. Laut Frankfurter Rundschau sprach Kohl in einer Wahlkampfreden von der „großen Wende in unserem Vaterland“; vgl. Hans-Joachim Noack, Es kann ihm kaum eng genug werden, in: Ebenda vom 5. 9. 1980, zit. nach Bernhard Vogel (Hrsg.), Das Phänomen. Helmut Kohl im Urteil der Presse 1960–1990, Stuttgart 1990, S. 179–183, hier S. 180.

⁸⁵ Vgl. Arnulf Baring, Die „Wende“. Rückblick und Ausblick, in: Wilhelm Bleek/Hanns Maull (Hrsg.), Ein ganz normaler Staat? Perspektiven nach 40 Jahren Bundesrepublik, München/Zürich 1989, S. 103–116.

⁸⁶ Werner P. D’hein, Der Anfang vom Ende der Ära Kohl, in: Frankfurter Rundschau vom 24. 9. 1981, zit. nach Vogel (Hrsg.), Phänomen, S. 189–193, Zitat S. 192.

legte Genscher mit einem zweiten Wendebrief nach, der einen ähnlichen Tenor aufwies. Auch Helmut Schmidt hatte inzwischen eine „Wende zum Realismus“ gefordert, auf die sich Genscher jetzt ebenfalls bezog⁸⁷. Nach dem Regierungswechsel benutzte Genscher gar den Begriff „geistige Wende“, zielte damit aber allein auf die wirtschafts- und finanzpolitische Umorientierung⁸⁸.

Helmut Kohl hatte gegen den Pragmatiker Helmut Schmidt schon länger auf einer umfassenden geistigen Führung durch Politik beharrt. Der geistig-moralischen Krise, wie sie sich in den grassierenden Zukunfts- und Umweltängsten zeige, müsse mit geistiger Führung begegnet werden. Schon 1975 hatte der CDU-Vorsitzende eine „geistig und moralisch begründete Antwort“ auf den Zeitgeist gefordert⁸⁹. Der Wendebegriff wurde von Kohl aber keineswegs auf die Attribute „geistig-moralisch“ beschränkt, die ihm eher zur Beschreibung der Krise dienten. Die Wende wurde von Kohl 1982 auch als „grundsätzliche“ bzw. „Wende zur Vernunft“ oder „geistige Wende“ ausgegeben⁹⁰. Einzelne Landesvorsitzende der CDU forderten zu der Zeit eine „politische und geistige Wende“ (Bernhard Vogel)⁹¹ oder eine „grundlegende geistige, moralische und politische Wende“ (Alfred Dregger)⁹².

Der heute so selbstverständliche Begriff „geistig-moralische Wende“ wurde weder in den Wahlprogrammen der Unionsparteien von 1980 und 1983 noch auf den CDU-Bundesparteitagen zwischen 1980 und 1984 noch in den Wahlslogans verwendet, später sowieso nicht⁹³. Im gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl 1980 tauchte der Wende-Begriff nur im Zusammenhang mit einer Wende in der Wirtschaftspolitik und als Forderung nach einer „grundlegende[n] politische[n] Wende“ ausgerechnet im Umweltkapitel auf⁹⁴! Im Wahlprogramm 1983 kam die Wende als „finanzpolitische Wende“ in der Haushaltssanierung vor⁹⁵. Auf dem Bundesparteitag in Berlin 1980 war von einer „Wende der deutschen Politik“⁹⁶, in Mannheim 1981 dagegen nur von einer

⁸⁷ Vgl. die Wende-Briefe Genschers, in: Joseph Bücken/Helmut Schlimbach, Die Wende in Bonn. Deutsche Politik auf dem Prüfstand, Heidelberg 1983, S. 14–17 u. S. 51–53; vgl. ferner Baring, „Wende“.

⁸⁸ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 12. 1983, S. 1.

⁸⁹ Die Welt vom 1. 12. 1975, S. 1; Konrad Adam, Kohl und die geistig-moralische Wende, in: Reinhard Appel (Hrsg.), Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn 1990, S. 21–31.

⁹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 1. 1982; Helmut Kohl, Herausforderung der Krise. Die Wende bleibt Aufgabe, in: Die Neue Ordnung 37 (1983), S. 4–13.

⁹¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. 11. 1980, S. 6.

⁹² Ebenda vom 25. 2. 1982, S. 25.

⁹³ Die Wahlslogans der CDU sind zusammengestellt auf <<http://www.kas.de/wf/de/71.8940/>> [Zugriff 4. 8. 2011]. Die anderen Nachweise im Folgenden.

⁹⁴ „Die Union ist sich bewußt, daß es eine neue Werthaltung der Bürger gibt, die eine grundlegende politische Wende und nicht nur Randkorrekturen erfordert.“ Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt. Wahlprogramm der CDU und CSU für die Bundestagswahl 1980, hrsg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1980], S. 30; zur Wirtschaftspolitik dort S. 14.

⁹⁵ Arbeit, Frieden, Zukunft. Miteinander schaffen wir's. Das Wahlprogramm der CDU/CSU, hrsg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1983], S. 4.

⁹⁶ Protokoll. 28. Bundesparteitag 19./20. Mai 1980, Berlin, hrsg. von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1980], S. 190.

„Wende in der Wohnungsbaupolitik“ die Rede⁹⁷. Hier wurde also der von Kohl sonst so hervorgehobene Bezug von praktisch-ökonomischen zu geistig-moralischen Themen nicht hergestellt.

Auch in Kohls Regierungserklärungen tauchte die Wendung „geistig-moralische Wende“ nicht auf. In der Erklärung von 1982 – sie war überschrieben: „Koalition der Mitte: Für eine Politik der Erneuerung“⁹⁸ – war nur in der gedruckten Fassung in den Zwischenüberschriften zweimal von einer „geistig-politischen Krise“ die Rede, die Kohl auch inhaltlich beschrieb. Dagegen setzte er Gemeinschaftsdenken, beschwor Leistung, Verantwortung und einen Patriotismus, der sich in der Orientierung an der Nation und der deutschen Geschichte äußerte. Kohl war bei seiner Vereidigung in einem Cut aufgetreten und schloss mit einem Adenauer-Zitat, was bei seinen Kritikern die Furcht vor einem *backlash* in die 1950er Jahre hervorrief⁹⁹. Die Wenderhetorik wurde in der Aussprache über die Regierungserklärung dagegen offensiv von Horst Ehmke (SPD) genutzt, und zwar um die FDP zu brandmarken. Genscher zieht er einer „Wende nach rechts“, und im Hinblick auf Otto Graf Lambsdorff sprach er von einer „neokonservativen Tendenzwende des Wirtschaftsministers“¹⁰⁰.

Im Wahlkampf 1983 schrieb Kohl dann für die Zeitschrift seines geistlichen Beraters, Pater Basilius Streithofen, die „geistige Wende in der politischen Führung der Bundesrepublik“ sei die Aufgabe der „Koalition der Mitte“ als Antwort auf eine „geistig-moralische Krise“, die sich in Fortschrittspessimismus und Zukunftsangst äußere. Auch diagnostizierte er eine spürbare Verunsicherung bezüglich der Nation und ihrer Geschichte. Der SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel hielt dem an derselben Stelle entgegen, die „geistige Wende“ sei ein „semantischer Kampfbegriff“ zur Diffamierung der SPD, die den Grundkonsens der Parteien gefährde¹⁰¹.

Nach dem Wahlsieg vom März 1983 konstatierte Kohl in seiner Regierungserklärung erneut eine „wirtschaftliche und politische Krise“ und nannte als Ziel eine „geistige Erneuerung“. Kohl setzte unter der Überschrift „Die Nation bewahren“ einen geschichtspolitischen Akzent und kündigte die Errichtung des Deutschen Historischen Museums und eine Sammlung zur Geschichte der Bundesrepublik in Bonn an. Die Wende tauchte nur als „finanzpolitische Wende“ auf, das Wort

⁹⁷ Beschluß Nr. 16.1, in: Protokoll. 29. Bundesparteitag 9./10. März 1981, Mannheim, hrsg. von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1981], S. 255. In zwei Diskussionsbeiträgen wurde auch allgemein von einer „Wende zum Besseren“ gesprochen; vgl. ebenda, S. 22 u. S. 234.

⁹⁸ Regierungserklärung Helmut Kohls vom 13. Oktober 1982, in: Bulletin Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nr. 93, 14. 10. 1982, S. 853–868, auch in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“. Eine Analyse der Großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2002, S. 407–434.

⁹⁹ Vgl. Der Spiegel vom 18. 10. 1982, S. 19.

¹⁰⁰ Vgl. Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 121. Sitzung am 13. 10. 1982, Bonn [1982], S. 7241.

¹⁰¹ Vgl. Kohl, Herausforderung der Krise, S. 4–13, Zitate Kohls S. 5 f., und Hans-Jochen Vogel, Die geistige Wende – ein semantischer Kampfbegriff, S. 14–24, beide in: Die Neue Ordnung 37 (1983).

„moralisch“ gebrauchte Kohl gar nicht mehr¹⁰². Grund für die Zurückhaltung war die Rücksicht auf die FDP, die Kohl ganz anders als Franz Josef Strauß langfristig als Koalitionspartner an die Union binden und stabilisieren wollte. Dementsprechend hatte Kohl die FDP auch schon im Wahlkampf 1980 geschont¹⁰³. Genscher sprach sich nach dem Koalitionswechsel auch explizit gegen eine „konservative Gegenreformation“¹⁰⁴ aus. In der Debatte über die Regierungserklärung verwendete wieder nur die Opposition den Wende-Begriff, und zwar im Zusammenhang mit der Deutschlandpolitik. Oppositionsführer Vogel machte hier eine Wende zurück zum Kalten Krieg aus¹⁰⁵. Ebenso argumentierte die Grünen-Abgeordnete Marieluise Beck, die sich dabei vor allem auf die CSU bezog, aber auch Kohl nicht schonte, diese wolle die aggressive amerikanische Außenpolitik auf deutsche Verhältnisse übertragen. Als eigenen Wende-Vorschlag brachte sie den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO in die Diskussion ein. Sie nahm aber auch zum grundsätzlichen Anspruch der neuen Regierung Stellung: Die „geistige Erneuerung“ sei eine „Wende zu den Altvätern Adenauer und Erhard“, die Regierung treibe keine konservative, also bewahrende Politik, vielmehr sei ihre Politik „objektiv reaktionär“¹⁰⁶.

Spätestens mit der Regierungserklärung Kohls war die „geistig-moralische Wende“ also zum Schlagwort ihrer Gegner geworden, und sie wurde bald auch zum Schlagwort der Konservativen, die das Ausbleiben eben jener Wende beklagten. Nach dem Wahlsieg von 1983 beschwor Kohl auf dem Bundesparteitag der CDU in Köln zunächst selbst eine „Erneuerung der geistig-moralischen Grundlagen der Politik“ und berief sich dabei auf Hermann Lübke. In der Außenpolitik wollte er, wieder mit Blick auf die FDP, nicht darüber streiten, ob man Kontinuität wahre oder eine Wende vollziehe, die Prioritäten wie das Bündnis mit Amerika seien ja bekannt¹⁰⁷. Generalsekretär Geißler sprach an selber Stelle von einer „geistigen und politischen Erneuerung“ nur in Bezug auf die Geschichte seiner Partei in der Opposition, um ihre Entwicklung zu einer geistig offenen Mitgliederpartei zu beschreiben. Er gab damit dem Begriff einen ganz anderen, geradezu anti-konservativen Sinn¹⁰⁸.

Trotz Kohls Appell an die geistig-moralische Erneuerung ermahnte Strauß den Parteitag in Köln eindringlich, die Wende dürfe sich nicht auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik beschränken. Schon zwei Wochen zuvor hatte Strauß Karl Feldmeyer von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mitgeteilt, die CSU wolle wissen, wie sich „Kohls Versprechen, eine geistige Wende und eine moralische Erneuerung

¹⁰² Vgl. Bulletin Nr. 43, 5. 5. 1983, S. 397–412.

¹⁰³ Vgl. „Helmut Kohl wirbt für ‚geistige Wende‘“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 17. 9. 1980; Andreas Wirsching, Abschied, S. 22.

¹⁰⁴ Der Spiegel vom 7. 3. 1983, S. 15.

¹⁰⁵ Vgl. Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht, 4. Sitzung am 4. 5. 1983, Bonn [1983], S. 85.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 113.

¹⁰⁷ Vgl. Protokoll. 31. Bundesparteitag, 25./26. März 1983, Köln, S. 29–51, Zitate S. 31 u. S. 40f.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 70–76, Zitat S. 61, und noch einmal auf S. 112. Geißler bezog sich dabei auf die Forderung Kohls von 1964, die Partei möge positiver auf die Intellektuellen reagieren.

herbeizuführen“, mit den FDP-Forderungen nach Kontinuität in der Innen- und Rechtspolitik verbinden lasse¹⁰⁹. Damit war der Ton für die nächste Zeit gesetzt. Auf dem Kölner Parteitag forderte Strauß explizit „die geistig-moralische Wende in unserer Gesellschaft und in unserem Staat“. Er fügte hinzu, er glaube sich, „wenn nicht verbal, so doch sachlich“ eins mit Helmut Kohl. Diese Passage wurde mit großem Beifall bedacht. Strauß nannte als Beispiel den § 218, wo es kein Zurück in die Vergangenheit gebe, der Missbrauch der sozialen Indikation aber gestoppt werden müsse¹¹⁰.

Strauß und die CSU ließen bei dem Thema nicht locker. In der Deutschlandpolitik konterten die Christsozialen etwa Ernst Albrechts Positionierung gegen eine Wende mit Kohls Anspruch eben diese geistig-moralisch vollziehen zu wollen¹¹¹. Aber auch der scheidende Chef der Jungen Union, Mathias Wissmann, hielt der CDU auf dem Deutschlandtag der Jugendorganisation im selben Jahr vor, die geistige Führung sei noch nicht erkennbar, die Union müsse eine deutlichere Zukunftsperspektive benennen, wenn die Wende nicht eine Episode bleiben solle. Strauß beklagte an derselben Stelle erneut Versäumnisse, erhöhte durch seine Verteidigung des Milliardenkredits an die DDR aber zugleich die Irritationen über den Kurs der Union¹¹². Auf dem CDU-Parteitag 1984 in Stuttgart forderte Strauß, die „geistige Wende“ müsse „sichtbarer werden“, auch wenn der Wende-Begriff große Erwartungen wecke. Strauß forderte, zur Halbzeit der Legislaturperiode, also in einem Jahr, müsse man eine Bilanz der Wende ziehen. Der bayerische Ministerpräsident ging zudem auf die Kritik an der Wende als „reaktionäre Gegenrevolution“ ein. Auch der FDP-Vorsitzende habe „sich vor dem Popanz verbeugt“, als er sich gegen eine „konservative Gegenrevolution“ ausgesprochen habe, wie Strauß Genscher nicht ganz korrekt zitierte. Es gehe stattdessen um eine „Rückkehr zu liberal-konservativen Maßstäben auf dem Boden der zeitlosen Werte des christlichen Abendlandes“¹¹³.

Während Strauß die Wende einforderte und die konservative Publizistik hinter sich wusste, schworen sich die Kritiker zunehmend auf den Begriff „geistig-moralische Wende“ ein. Und wenn die Konservativen das Ausbleiben dieser Wende beklagten, waren sie gar nicht so weit von den linken und linksliberalen Kritikern entfernt. 1987 hielten die Soziologen Beate Brüggemann und Rainer Riehle in der SPD-nahen Zeitschrift *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* die „geistig-moralische Wende“ in der Jugendpolitik, ein von Geißler stark gemachtes Politikfeld, für erkennbarer als auf anderen Politikfeldern. Dabei rekurrten sie auch auf das Forum „Mut zur Erziehung“, das sie fälschlicherweise als CDU-Veranstaltung ausgaben. Die Jugend werde nun zum Objekt gemacht; von ihr werde primär Loyalität und Akzeptanz der gesellschaftlichen Verhältnisse erwartet, Konflikte und

¹⁰⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 3. 1983, S. 2.

¹¹⁰ Protokoll. 31. Bundesparteitag, 25./26. März 1983, Köln, S. 180–201, Zitate S. 187; vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. 5. 1983, S. 1.

¹¹¹ Vgl. ebenda vom 26. 4. 1983, S. 1.

¹¹² Ebenda vom 14. 11. 1983, S. 1.

¹¹³ 32. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift, Stuttgart, 9.-11. 5. 1984, 1. Tag, S. 55–67, Zitate S. 61 u. S. 63.

Probleme wie Jugendarbeitslosigkeit würden dagegen marginalisiert¹¹⁴. Wurde hier also ein sektoraler Teilerfolg der Wende konstatiert und beklagt, so diagnostizierten in derselben Zeitschrift fünf Jahre später Josef Schmid und Heinrich Tiemann allenfalls eine „halbe Wende“. Der deutsche Fall weiche deutlich vom britischen oder amerikanischen Modell ab.

Die Union hatte vor der Bundestagswahl von 1987 den Zukunftsbegriff wiederentdeckt, der Wende-Begriff war zu den Akten gelegt worden¹¹⁵. Das Zukunftskonzept beschrieben die Autoren nun mit dem nautischen Begriff der „Halse“, es gehe darum, die konjunkturell günstigen Rahmenbedingungen zu nutzen. Dass die „geistig-moralische Wende“ ein „leeres Versprechen“ geblieben sei, erklärten die Autoren auch mit strukturellen Gründen, dem starken Föderalismus, der Koalitionsbildung, der Rolle von Bundesbank (die nicht ganz klar profiliert wurde) und Bundesverfassungsgericht. Sie verwiesen also auf einige der „Vetospiele“, die Andreas Wirsching in seiner Analyse der 1980er Jahre stark gemacht hat¹¹⁶.

Die schwarz-gelbe Regierungspolitik der 1980er Jahre setzte in der Außen- und Sozialpolitik weitgehend auf Kontinuität, wagte aber in der Wirtschafts- und Sozialpolitik immerhin vorsichtige Reformen und nahm in der Geschichts- und Deutschlandpolitik eine primär rhetorisch-symbolische Neuorientierung vor. Diese Gemengelage lässt sich gut mit den „Vetospielern“ erklären, die einem echten Kurswechsel systemische und politisch-kulturelle Grenzen setzten. Überdies verhinderte die von Generalsekretär Geißler und der Planungsgruppe unter Warnfried Dettling betriebene Öffnung der CDU für soziale Bewegungen und für soziale Themen ein stringentes Wende-Konzept im Sinne einer konservativen Rückbesinnung. Weder arbeitete die Partei-Zentrale an einer fiskal- und wirtschaftspolitischen „Rosskur“¹¹⁷ à la Thatcher noch am Konzept einer „geistig-moralischen Wende“. Bezeichnenderweise erinnert sich der damalige CDU-Geschäftsführer Ulf Fink heute auch nicht mehr an den Wende-Komplex, dafür aber sehr wohl an die „Neue Soziale Frage“¹¹⁸. Der Leiter der Grundsatzabteilung, Wulf Schönbohm, sah 1988 die Erneuerung der CDU denn auch nicht mit, sondern gegen die „Denkfabriken“ wie Weikersheim durchgesetzt¹¹⁹.

¹¹⁴ Vgl. Beate Brüggemann/Rainer Riehle, Vier Jahre „geistig-moralische Wende“. CDU/CSU Jugendpolitik zwischen Problemverschiebung und Problemproduktion, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 34 (1987), S. 820–828.

¹¹⁵ Schon der 12. Bundesparteitag 1964 in Hannover war unter das Motto „Die Zukunft gestalten“ gestellt worden. Nachdem 1981 die „Zukunft“ wieder im Parteitagsmotto verwendet worden war, tauchte sie dann bei den vierzehn Bundesparteitagen zwischen 1986 und 1996 neunmal in den Motti auf; vgl. die Übersicht unter <<http://www.kas.de/wf/de/71.8935/>> und <<http://www.kas.de/wf/de/71.8936/>> [Zugriff 6. 8. 2011].

¹¹⁶ Josef Schmid/Heinrich Tiemann, Nur allgemeine Beschwörungen. Die geistig-moralische Wende blieb ein leeres Versprechen, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 39 (1992), S. 922–928, Zitate S. 922 u. S. 924; vgl. Wirsching, Abschied, S. 208–222.

¹¹⁷ Vgl. Dominik Geppert, Maggie Thatchers Rosskur – ein Rezept für Deutschland?, Berlin 2003.

¹¹⁸ Schriftliche Auskunft von Herrn Ulf Fink vom 17. 8. 2011.

¹¹⁹ Vgl. Claus Leggewie, Der Geist denkt rechts, in: Die Zeit vom 16. 10. 1988, S. 20–23, hier S. 23. Das Studienzentrum Weikersheim wurde 1979 von dem ein Jahr zuvor zurückgetre-

Die Medien reagierten ganz unterschiedlich auf das Wende-Versprechen, wie ein Blick in die konservativen und linksliberalen Leitmedien zeigt. Stellte der *Spiegel* die Wende nach dem erfolgreichen Misstrauensvotum zunächst als „Strohfeuer“ dar¹²⁰, so urteilte das Nachrichtenmagazin nach dem Wahlsieg Kohls 1983: „Die Wende ist perfekt“. Zu konstatieren sei ein „rauschender Sieg der Rechten, im Bund, im Land, draußen in der Welt“; im „fernen Washington hat Ronald Reagan mitgesiegt“¹²¹. 1987 befürchtete man im *Spiegel* nach einem erneuten Wahlsieg der Union endgültig die Einlösung des Wendeversprechens. Das Magazin machte mit der Schlagzeile „Die rechte Versuchung“ auf und montierte Kohl in einen Dreiteiler mit Vatermörder und Uhrkette. In der Titelgeschichte sammelte man dann Belege aus dem Unionslager und von unionsnahen Wissenschaftlern wie Wolfgang Bergsdorf und Michael Stürmer für eine rechte Wende. Jetzt, so hieß es, wolle die Regierung dem amerikanischen Vorbild nachfolgen¹²².

Die *Süddeutsche Zeitung* gestand der wirtschafts- und sozialpolitischen Kurskorrektur zwar eine gewisse Berechtigung zu. Die Überhöhung der Wende ins Weltanschauliche erweise sich aber als Bumerang für Kohl und Strauß, da Wende nun auch eingefordert werde¹²³, wie etwa von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, die den angeblichen Linkskurs des CDU-Generalsekretärs Geißler dabei scharf attackierte¹²⁴. Am Ende der Dekade stellte Feuilleton-Redakteur Konrad Adam fest, die Absicht Kohls, „geistig und moralisch zu führen“, sei „offenbar gescheitert“. Adam verband mit diesem Befund eine Kritik des spezifisch deutschen Verhältnisses von Politik und Kultur. In Deutschland würden die Intellektuellen und Professoren in ihrer politischen Urteilsfähigkeit überschätzt, wie Adam mit Verweis auf Luise Rinsers Besuch bei Kim Il Sung und ihre Nominierung für das Amt des Bundespräsidenten durch die Grünen beklagte. Adam nahm also die Intellektuellenkritik wieder auf¹²⁵.

5. Der Wendediskurs der Intellektuellen

Die beargwöhnten Linksintellektuellen hatten nach dem Koalitionswechsel der FDP umgehend Alarm geschlagen. Dies sei ein „Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der

nen ehemaligen Ministerpräsident Baden-Württembergs Hans Filbinger gegründet. Es besaß und besitzt ein dezidiert konservatives Profil. Nähere historische Aufschlüsse verspricht das biographische Projekt zu Filbinger von Erik Lommatzsch, das derzeit an der Universität Augsburg in Arbeit ist.

¹²⁰ Vgl. Der Spiegel vom 18. 10. 1982.

¹²¹ Ebenda vom 7. 3. 1983, S. 6–23, Zitat S. 6.

¹²² Vgl. ebenda vom 5. 1. 1987, S. 22–30.

¹²³ Vgl. Hans Heigert, Am Ende der Wende, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28. 7. 1983, S. 4.

¹²⁴ Vgl. Johann Georg Reißmüller, Wo alles beim alten bleibt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. 9. 1984, S. 1; Fritz Ullrich Fack, Kostspielige Experimente, in: Ebenda vom 7. 9. 1987, S. 1; ders., Mit Aufklärung ist es nicht getan, in: Ebenda vom 14. 2. 1989, S. 1; Johann Georg Reißmüller, Was Geißler erreicht hat, in: Ebenda vom 24. 7. 1989, S. 1.

¹²⁵ Vgl. Konrad Adam, Kohl und die geistig-moralische Wende, in: Reinhard Appel (Hrsg.), *Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht*, Bonn 1990, S. 21–31.

Bundesrepublik¹²⁶ oder gar eine „Machtergreifung von rechts“¹²⁷. Die linke Kritik schwankte zwischen einer Ironisierung von Kohls Sprache¹²⁸ bzw. der „Sprache der Wende“¹²⁹ und einem Alarmismus, der selbst durch alltägliche Beobachtungen genährt wurde. So notierte Eva Demski in ihr „Tagebuch der Wende“: „Den Ton hätte der [Hausverwalter] sich vorher nicht erlaubt, da bin ich ganz sicher.“¹³⁰

Die linke Kritik zielte aber vor allem auf den Überbau der Wende: die neokonservative Ideologie und ihre Träger. Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie subsummierte seine „Ausflüge in die Denkfabriken der Wende“ unter plakativen Titeln wie „Der Geist steht rechts“ oder „Der Geist denkt rechts“¹³¹. Dabei wurde der Neokonservatismus von seinen Kritikern als transnationales, vor allem transatlantisches Phänomen verstanden. Die Beiträge von Habermas, Dubiel, Fetscher, Leggewie oder von den Autoren des *Kursbuchs* mit dem Titel „Konservatismus im Angebot“¹³² versuchten in kritischer Absicht, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem amerikanischen, dem britischen respektive französischen und dem westdeutschen Neokonservatismus herauszuarbeiten. Mit dem für ihn typischen Hang zur Verschwörungstheorie bezog sich Habermas dabei auch auf eine transatlantische Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) von 1981¹³³.

Die KAS hatte damals zu einem deutsch-amerikanischen Symposium mit tendenziell neokonservativen Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten geladen, um den amerikanischen Neokonservatismus zu erörtern. Dabei wurde das Ungleichgewicht zwischen den mächtigen amerikanischen Neokonservativen und den deutschen Konservativen deutlich. Die amerikanischen Neokonservativen schlugen vor, die Deutschen sollten Think Tanks gründen, und Irving Kristol forderte sogar nachdrücklich zu einem deutschen Nationalismus auf. Auch wenn dies zu Reibungen mit den USA führe, seien die Schnittmengen der Interessen groß genug, um dieser Belastung standzuhalten¹³⁴. Das musste auf die Deutschen, die über die linke Vormacht in den Medien, besonders im Rundfunk, lamentierten, nur befremdlich wirken. Gleichwohl stellte Hermann Lübke grundlegende Analogien deutschen und amerikanischen neokonservativen Den-

¹²⁶ So der Untertitel des Sammelbandes von Iring Fetscher, *Neokonservative und „Neue Rechte“*, München 1983.

¹²⁷ Vgl. den Bericht über eine Tagung der Ebert-Stiftung von Mathias Schreiber, *Tendenzwende?*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. 9. 1982, S. 25.

¹²⁸ Vgl. Walter Boehlich, *Diese unsere Regierungserklärung in dieser unserer Sprache*, in: *Kursbuch* 73 (September 1983), S. 37–43.

¹²⁹ Vgl. Hans Uske, *Die Sprache der Wende*, Berlin u. a. 1986.

¹³⁰ So Eva Demski in ihrem *Tagebuch einer Wende*, in: *Kursbuch* 71 (März 1983), S. 9–19, Zitat S. 12.

¹³¹ Vgl. Claus Leggewie, *Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin 1987; ders., *Der Geist denkt rechts*, in: *Die Zeit* vom 16. 10. 1988, S. 20–23.

¹³² Vgl. *Kursbuch* 73 (September 1983).

¹³³ Vgl. Jürgen Habermas, *Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und der BRD*, in: *Ders., Neue Unübersichtlichkeit* (zuerst in: *Merkur* 36 (1982)), S. 30–56, hier S. 30.

¹³⁴ Vgl. die Beiträge von George Nash, Irving Kristol und Norman Podhoretz, in: Hans Rühle/Hans-Joachim Veen/Walter F. Hahn (Hrsg.), *Der Neokonservatismus in den Vereinigten Staaten und seine Auswirkungen auf die Atlantische Allianz*, Melle 1982, S. 42–85.

kens heraus: die Skepsis gegenüber der Totaldemokratisierung der Gesellschaft, Antimarxismus respektive Antikommunismus als Trivialität einer liberalen Gesellschaft und *Common-Sense*-Orientierung. Mit dem historischen (Partei)Konservatismus hätten die heterogenen deutschen Neokonservativen kaum Gemeinsamkeiten¹³⁵.

In einem *Merkur*-Beitrag wertete Habermas diese „neukonservative Lehre“ als Angriff auf die Moderne und ihre intellektuellen Träger. Habermas sah die deutschen Neokonservativen nämlich nicht wie ihre amerikanischen Kollegen die Moderne vorbehaltlos akzeptieren. Dementsprechend erklärte er Richard Löwenthal oder Kurt Sontheimer zu einer Minderheitenfraktion, die er aber gleichwohl dem Neokonservatismus zurechnete. Der Hauptstrom betreibe aber im Anschluss an Gehlen und Schelsky Intellektuellenkritik, akzeptiere nur die technisch-industrielle, nicht aber die kulturelle Moderne, die als erschöpft angesehen werde. Hier treffe man sich mit der von Habermas als irrationalistisch kritisierten französischen Postmoderne¹³⁶.

Habermas' ehemaliger Mitarbeiter Helmut Dubiel, später Leiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, zählte zum Neokonservatismus Philosophen, Soziologen und Historiker wie Lübbe, Erwin Scheuch, Günter Rohrmoser, Schelsky, Friedrich Tenbruck, Thomas Nipperdey, Lobkowitz, Odo Marquard und Spaemann¹³⁷. Historiker und Politologen wie Michael Stürmer und Werner Weidenfeld fehlten dagegen zunächst in dieser Liste, obgleich beide an Kohls Regierungserklärungen von 1982 und 1983 maßgeblich beteiligt waren¹³⁸. Sie hielten sich freilich zunächst eher im Hintergrund. Stürmer schrieb später Leitartikel für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und wurde eher ungewollt zu einem Protagonisten des Historikerstreits.

Dubiel wollte hinter dem technokratischen Fortschrittsbegriff der Neokonservativen das autoritäre Programm, die Ökonomisierung und Funktionalisierung der Intellektuellen freilegen, und zwar im altbekannten Verfahren der Ideologiekritik. Er seziierte neokonservative Denkmotive wie Kritik am Wertewandel und

¹³⁵ Vgl. Hermann Lübbe, Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservatismus, in: Rühle/Veen/Hahn (Hrsg.), *Neokonservatismus*, S. 86–106. Zu Lübbes Neokonservatismus vgl. oberflächlich kritisierend: Norbert Hilger, *Deutscher Neokonservatismus. Das Beispiel Hermann Lübbes*, Baden-Baden 1995; ausgewogener: Jerry Z. Muller, *German Neoconservatism and the History of the Bonn Republic, 1968–1985*, in: *German Politics and Society* 54 (2000), S. 1–32. Muller, der neben Lübbe vor allem Hans-Peter Schwarz behandelt, grenzt den Neokonservatismus erstens durch eine Linkswende in der Gesellschaft, welche Liberale zu Konservativen machte, zweitens durch eine biographische Wende und drittens durch eine Unterscheidung von anderen Spielarten des Konservatismus ab. Punkt zwei wurde von den Neokonservativen selbst nicht so gesehen.

¹³⁶ Vgl. Habermas, *Kulturkritik*, in: Ders., *Neue Unübersichtlichkeit*, S. 44.

¹³⁷ Vgl. Helmut Dubiel, *Was ist Neokonservatismus?* Frankfurt a. M. 1985.

¹³⁸ Eine Ausnahme ist der Artikel „Die Souffleure der Kanzler“, in: *Die Zeit* vom 8. 7. 1983, S. 9f. Zum Entstehungsprozess der Regierungserklärungen vgl. Benedikt Dettling/Michael Geske, Helmut Kohl: *Krise und Erneuerung*, in: Korte (Hrsg.), „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“, S. 217–245.

Postmodernismus, an einer vermeintlichen Unregierbarkeit¹³⁹, an der plebisziären und partizipativen Demokratie, gegen die elitistische (Schumpeter) und ökonomistische (Hayek, Friedman) Demokratiemodelle ins Feld geführt würden. Der wirtschaftspolitische Misserfolg der Thatcher- und Reagan-Regierung, so Dubiel, werde von den Neokonservativen der „inkonsistenten Implementierung“¹⁴⁰ angelastet. Er wandte sich zudem gegen die neokonservative Intellektuellenkritik, die auf die Standesegoismen von Sozialarbeitern, Pädagogen und Intellektuellen ziele, die wieder auf den bürgerlichen Wertehorizont verpflichtet werden sollten. Dubiel legte hier also eine konservative Spielart der Ideologiekritik frei. Die Konservativen setzten auf eine rein funktionale Intelligenz, auf Instrumentalismus. Dubiel selbst orientierte sich an der kritischen Theorie und einem emanzipatorischen, normativen Fortschrittsbegriff, den er gegen den Neokonservatismus und – wie Habermas – gegen den neuen Irrationalismus in Stellung brachte.

Es war bereits davon die Rede, wie die Neokonservativen mit diesem Stigma umgingen. Hermann Lübke adaptierte in der Auseinandersetzung mit seinen Kritikern den Begriff Neokonservatismus in positiver Absicht gemäß seinem Motto: *Pudenda* werden zu *Signa*¹⁴¹. Lübke nahm das Stigma auf und versuchte es ins Positive zu verkehren, ein Verfahren, das man zuletzt bei zahlreichen Minderheiten wie „Schwulen“ oder „Huren“ beobachten konnte. Auch amerikanische Neokonservative wie Daniel Bell oder Norman Podhoretz, ein ehemaliger Liberaler, wehrten sich zunächst gegen die Etikettierung als neokonservativ, bis Podhoretz sich Kristol anschloss und sie akzeptierte. Lübke selbst meinte, dass sich auch (neokonservative) Amerikaner in seinen Darlegungen wiederfinden könnten, und machte damit genau das, was ihm seine Kritiker vorwarfen; er postulierte die Homogenität nationaler Konservatismen. Inhaltlich plädierte Lübke analog zum Umweltschutz für einen Schutz von Traditionen und forderte „Widerstand gegen jene kulturevolutionäre Abräumwut“¹⁴². Dabei wies er die Unterstellung eines Dezisionismus im Sinne von Carl Schmitt oder Ernst Forsthoff zurück und befürwortete stattdessen die „Verbindlichkeit legaler Entscheidungen“ gegen „Renaissancen totalitärer Demokratiekonzepte“¹⁴³. Auch die Intellektuellenkritik verteidigte Lübke. Dass sich diese gegen „linke Medienintelligenz“ richte, hänge mit deren Vorherrschaft bei den „elektronischen Medien“¹⁴⁴ zusammen.

Mit Blick auf die perhorreszierte intellektuelle Wende fragte Arnulf Baring damals: „Ist die Wende wirklich da?“ Er beobachtete jenseits des Atlantiks (mit Bezug auf den amerikanischen Soziologen Daniel Bell) eine ähnliche Wende- oder

¹³⁹ Vgl. dazu Wilhelm Hennis (Hrsg.), *Regierbarkeit: Studien zu ihrer Problematisierung*, 2 Bände, Stuttgart 1977 u. 1979.

¹⁴⁰ Dubiel, *Neokonservatismus*, S. 90.

¹⁴¹ Vgl. Hermann Lübke, „Neo-Konservative“ in der Kritik. Eine Metakritik, in: *Merkur* 37 (1983), S. 622–632, hier S. 626–632.

¹⁴² Ebenda, S. 625.

¹⁴³ Ebenda, S. 627.

¹⁴⁴ Beide Zitate in: Ebenda, S. 629.

Grenze-Rhetorik¹⁴⁵, vermisste aber einen „eindeutigen Inhaltsbezug“ bei intellektuellen Wende-Unterstützern wie Lobkowicz und erkannte Parallelen zwischen der Rhetorik der Grünen und derjenigen Kohls¹⁴⁶.

Das Ausbleiben der Wende konstatierte bald einer ihrer Vordenker, der Sozialphilosoph Günter Rohrmoser. Er sah eine historische Chance in Bonn verspielt. Die geistige Führung hätten die Grünen und die alternativen Bewegungen übernommen. Amerika stehe dagegen für einen eindrucksvollen politischen Konservatismus. Ohne geistige Wende könne es keine andere Politik geben, was man an den Verhältnissen in den USA ablesen könne. Die Amerikaner verdankten ihre Rettung vor der Dekadenz den Tugenden, die sie den Deutschen in der *reeducation* hätten austreiben wollen¹⁴⁷. Nach der von der CDU verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sah Rohrmoser 1985 die Wende als endgültig gescheitert an – eine Analyse, die er mit „Das Debakel“ überschrieb. Der Philosoph wusste nicht mehr, warum man die CDU wählen solle, und forderte die CSU auf, die Koalition zu verlassen¹⁴⁸. Rohrmosers Artikel schlug einige Wellen. Strauß stimmte Rohrmosers Diagnose zu, nicht aber der Therapie, was Kohl in Verlegenheit brachte¹⁴⁹. Nach der großen medialen und politischen Resonanz brachte Rohrmoser eine Sammlung seiner Artikel im Sinus-Verlag heraus, die um die Beiträge von Mitstreitern ergänzt wurden. Im selben Jahr und im selben Verlag forderte der Politologe Klaus Hornung mit einer eher unionsaffinen Autorenschar „Mut zur Wende“¹⁵⁰. Die Autoren waren zum Teil eng mit dem von Hans Filbinger 1979 begründeten „Studienzentrum Weikersheim“ verbunden, das die Urhebererschaft der „geistig-moralischen Wende“ für sich reklamierte und diese zu implementieren trachtete, damit aber im Gegensatz zum forcierten Modernisierungskurs der CDU-Bundesgeschäftsstelle stand.

Als der Dominikanerpater Wolfgang Ockenfels 1996 fragte „Wo bleibt die geistig-moralische Wende wirklich?“, war das nur noch eine ironisierende rhetorische Frage. Dem Kanzler bescheinigte Ockenfels „wegen der glücklichen Wende zur Einheit“ und nicht „als geistig-moralischer Wendekanzler“ in die Annalen einzu-gehen. „Keiner konnte im Ernst von den berufspolitischen Chargen eine geistig-moralische Wende erwarten, deren erste Opfer sie womöglich selber geworden wären.“¹⁵¹ Sicherlich hatte sein Ordensbruder Streithofen diese Erwartungen an den Machtwechsel aber tatsächlich gehegt, wie viele andere Enttäuschte auch, die jetzt die Vergeblichkeit derartiger Hoffnungen konstatieren mussten.

¹⁴⁵ Vgl. Arnulf Baring, Die Wende und die neuen Grenzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 8. 1983, S. 19.

¹⁴⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. 6. 1983, S. 27.

¹⁴⁷ Vgl. Günter Rohrmoser, Geistige Wende?, in: Criticón 14 (1984), Nr. 86, S. 261 f.

¹⁴⁸ Günter Rohrmoser, Das Debakel, in: Criticón 15 (1985), Nr. 89, S. 109 f.

¹⁴⁹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 7. 1985, S. 1, und vom 8. 7. 1985, S. 1.

¹⁵⁰ Vgl. Günter Rohrmoser, Das Debakel. Wo bleibt die Wende? Fragen an die CDU, Krefeld 1985; Klaus Hornung (Hrsg.), Mut zur Wende. Grundlagen und Auftrag einer Politik der Erneuerung, Krefeld 1985.

¹⁵¹ Wolfgang Ockenfels, Wo bleibt die geistig-moralische Wende wirklich?, in: Die Neue Ordnung 50 (1996), S. 402 f., Zitate S. 402.

Fazit: Signaturen „schwarzer“ Jahre?

Die Begriffe „Tendenzwende“ und „geistig-moralische Wende“ haben einige Gemeinsamkeiten: Sie wurden von ihren vermeintlichen Protagonisten nur zögerlich, eher selten oder in dieser Wortverbindung gar nicht verwandt. Beide Begriffe blieben inhaltlich vage, wurden aber grundsätzlich mit dem Versuch eines konservativen *rollback* verbunden, obgleich auch Sozialdemokraten und Liberale – mit anderen Akzenten – von einer Wende sprachen. Die Wendebegriffe liefen, wie Ernst Klett auf die „Tendenzwende“ bezogen schrieb, als „Worthuren“ durchs Land, erlebten aber gleichwohl oder gerade wegen ihrer Vieldeutigkeit eine eindrucksvolle Karriere¹⁵². Beide Begriffe verbreiteten sich schnell, wurden als Zeitsignatur betrachtet und dienten als Erklärungsmuster für unterschiedliche Tendenzen. Darüber hinaus fanden sie auch Eingang in die Forschung und das kollektive Gedächtnis, so dass sie heute vielfach als Signaturen der 1970er und 1980er Jahre dienen.

Wesentlich zur Karriere dieser Schlagwörter beigetragen haben ihre Gegner. Die linksliberalen und linken Kritiker befürchteten, ja diagnostizierten bereits eine neue konservative Hegemonie. „Tendenzwende“ und „geistig-moralische Wende“ waren zwar von Konservativen aufgebracht worden, wurden aber schnell zu Synonymen für gefährliche, die (links)liberale politische Kultur bedrohende Vorhaben oder zu Synonymen für gescheiterte Ambitionen. Die Resonanz auf die „Wende“-Begriffe war beträchtlich, aber überwiegend negativ. Die Anzahl von positiven Beiträgen wurde von der kritischen Literatur um ein Vielfaches übertroffen. So gesehen waren es in Umkehrung von Lübkes Proklamation *Signa* zu *Pudenta* auch in dieser Phase eher linksliberale und linke Politiker, Intellektuelle und Journalisten, die den Diskurs bestimmten¹⁵³. Das wird auch dadurch unterstrichen, dass sich die wenigsten Neokonservativen selbst so bezeichneten. Damit ist aber sowohl für die 1970er als auch 1980er Jahre trotz der Wahlerfolge der Union zu bezweifeln, ob man von „schwarzen Jahrzehnten“ sprechen kann. Diese Zweifel gelten für den öffentlichen Diskurs ebenso wie für die Ebene der Implementierung. Selbst programmatisch sind mit der sozialen Profilierung und gesellschaftlichen Öffnung der CDU-Bundesgeschäftsstelle andere Tendenzen festzustellen.

Wenn man nach einem inhaltlichen Kern der „geistig-moralischen Wende“ sucht, die erst in der Erinnerungskultur zu dieser Wortverbindung gerann, so kann man drei Punkte nennen: die Aufwertung der Familie, die Revitalisierung des Nationsbegriffs samt Geschichtspflege und gesamtdeutscher Orientierung (de facto freilich ohne die Ostgebiete) und schließlich der Rekurs auf klassische bürgerliche Tugenden.

Das Problem der Wende-Rhetorik war, dass sie Erwartungen weckte, die nicht eingelöst werden konnten, was zu großen, drastisch artikulierten Enttäuschungen

¹⁵² Ernst Klett, Vorwort, in: Podewils, Tendenzwende?, S. 5f., hier S. 5.

¹⁵³ Vgl. Renate Köcher, Das Selbstverständnis des deutschen Journalismus, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, München u. a. 1993, S. 361–367, hier S. 367.

auf konservativer Seite führte. Denn die bürgerliche Koalition setzte die Außenpolitik von Brandt und Schmidt mit einigen, freilich nicht zu unterschätzenden, deklamatorischen Akzentveränderungen fort, senkte die Steuern nur moderat und unterließ größere Einschnitte in das soziale Netz. Auch die sozialliberalen Reformen im Scheidungs- und Abtreibungsrecht wurden trotz anderslautender Forderungen nicht rückgängig gemacht. Dabei stellt sich die Frage, ob fundamentale Änderungen angesichts des Zwangs zum Kompromiss in Koalitionen und im Verbundföderalismus strukturell überhaupt möglich gewesen wären. Historisch dafür sprechen die Erfahrungen mit der sozialliberalen Koalition zu Beginn der 1970er Jahre. Die Struktur determinanten dieser Zeit unterschieden sich aber nur graduell von denen der 1980er Jahre, denn einen gesteigerten Einfluss der „Vetospieler“ kann man auch schon für die 1970er Jahre beobachten¹⁵⁴. Wie gesehen, gab es Anfang der 1980er Jahre aber gerade nicht jene die Regierung tragende Stimmung und publizistische Unterstützung, wie es sie 1969/70 gegeben hatte.

Auch die Linkliberalen konstatierten bald das Scheitern der Wende. Man kann sich daher fragen, warum überhaupt in Politik, Medien und bei den Intellektuellen eine so große Aufregung inszeniert wurde. Hier gilt es zu bedenken, dass ein echter Regierungswechsel in der bundesdeutschen Geschichte erst einmal, nämlich 1969, stattgefunden hatte. 1982 war das zweite Mal und man konnte befürchten, dass auf eine Phase sozial-liberaler Reformen nun ein Phase konservativen *roll backs* folgt. Das unterschied die politische Kultur der Bundesrepublik drastisch von den Demokratien in den USA und Großbritannien, die Richtungswechsel gewohnt waren und wo mit Thatcher und Reagan tatsächliche fiskal-, wirtschafts-, sozial- und außenpolitische Revolutionen im Sinne einer Wende zum Monetarismus und zur Strategie des *Containment plus* implementiert wurden¹⁵⁵.

Die vorliegende Genealogie der Wende-Rhetorik muss nicht zwingend zur Aufgabe der „Tendenzwende“ und „geistig-moralischen Wende“ als Forschungsbegriffe führen, als Signaturen für ganze Jahrzehnte taugen sie freilich nicht. Die Analyse des Entstehungszusammenhangs kann zur historischen Präzisierung beitragen, Generalisierungen („schwarze Jahrzehnte“) vermeiden helfen und einer Verselbständigung und Entkonkretisierung suggestiver Begriffe vorbeugen.

Epilog: 2009 war die schwarz-gelbe Koalition mit keinem geistig-kulturellen Projekt mehr verbunden, obwohl Guido Westerwelle kurzzeitig eine „geistig-poli-

¹⁵⁴ Das gilt selbst für die Außenpolitik. Bundesrat, Bundesverfassungsgericht und Medien nahmen hier „Vetospieler“-Positionen in der Neuen Ostpolitik ein; vgl. Peter Hoeres, Außenpolitik und Öffentlichkeit. Massenmedien, Meinungsforschung und Arkanpolitik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1963–1974 von Erhard bis Brandt, München 2013. Zum Konzept für die 1980er Jahre vgl. Wirsching, Abschied, S. 212–222.

¹⁵⁵ Vgl. Andrew Adonis/Tim Hames (Hrsg.), *A Conservative Revolution? The Thatcher-Reagan Decade in Perspective*, New York/Manchester 1994; Geoffrey K. Fry, *Politics of the Thatcher Revolution. An Interpretation of British Politics 1979–1990*, Hampshire 2008; John N. Smithin, *Macroeconomics after Thatcher and Reagan. The Conservative Policy Revolution in Retrospect*, Aldershot 1990; vgl. auch den Forschungsbericht von Dominik Geppert, Großbritannien seit 1979. Politik und Gesellschaft, in: *Neue Politische Literatur* 54 (2009), S. 61–86.

tische Wende“ forderte, die sich freilich nur auf den ökonomischen und technologischen Bereich bezog¹⁵⁶. Dieser Proklamation war keinerlei Erfolg beschieden. Das Interesse an intellektueller Unterfütterung der Politik scheint weiter gesunken zu sein, selbst die Gegner der schwarz-gelben Koalition konnten oder mochten kein Wende-Projekt mehr konstruieren. Das ist einerseits ein Zeichen für die inzwischen akzeptierte demokratische Normalität des Regierungswechsels, andererseits aber auch ein Indikator für intellektuelle Orientierungslosigkeit.

¹⁵⁶ So Guido Westerwelle im Interview, in: Focus vom 4.1.2010, online unter: <http://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-eine-geistig-politische-wende_aid_467400.html> [Zugriff 25.8.2011].



Oldenbourg
Verlag

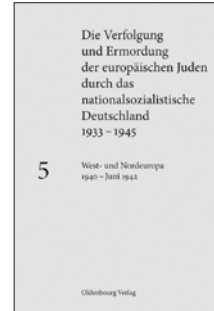
Ein Wissenschaftsverlag der
Oldenbourg Gruppe

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Band 5

West- und Nordeuropa 1940 – Juni 1942

Bearbeitet von Katja Happe, Michael Mayer
und Maja Peers

2012 | 880 Seiten | Leinen | € 59,80
ISBN 978-3-486-58682-4



Im Mai 1940 überfiel die Deutsche Wehrmacht die Staaten Nord- und Westeuropas und besetzte sie weitgehend. Einheimische und die bis zu diesem Zeitpunkt nach Norwegen, in die Niederlande, nach Belgien, Luxemburg oder Frankreich geflüchteten Juden fielen jetzt unter deutsche Herrschaft. 1942 waren die Juden in allen Ländern Westeuropas zum Tragen des »Judensterns« verpflichtet, Zwangsarbeit war für Juden die Regel. In Frankreich und Luxemburg hatten die Deportationen in die Gettos und Vernichtungslager bereits begonnen, in den anderen Ländern standen sie unmittelbar bevor.

Dieser Band dokumentiert für die Zeit vom deutschen Einmarsch bis Mitte 1942 die sukzessive Entrechtung der Juden, ihre Isolation und die Zerstörung ihrer Existenzgrundlage mittels Berufsverbote und Enteignung. In Briefen und Tagebüchern schildern die verfolgten Juden das Leben unter deutscher Besatzung und die Versuche, diesem Leben durch Emigration doch noch zu entkommen. Die Dokumente zeigen, wie sich jüdische Organisationen bemühten, die Auswirkungen der Verfolgung zu mildern, und wie deutsche Machthaber aber auch einheimische Kollaborateure das Leben der Juden immer stärker reglementierten und jeden Widerstand zu ersticken suchten.

Herausgegeben im Auftrag des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte und des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg von Susanne Heim, Ulrich Herbert, Michael Hollmann, Hans-Dieter Kreikamp, Horst Möller, Gertrud Pickhan, Dieter Pohl und Andreas Wirsching.

Bestellen Sie in Ihrer Fachbuchhandlung
oder direkt bei uns: Tel: 089/45051-248
Fax: 089/45051-333 | verkauf@oldenbourg.de

www.oldenbourg-verlag.de